



Fridolin 48

die zeitschrift für süchtige informatikerInnen

BAYER

PHARMACEUTICAL PRODUCTS.

We are now sending to Physicians throughout the United States literature and samples of

ASPIRIN

The substitute for the Salicylates, agreeable of taste, free from unpleasant after-effects.

HEROIN

The Sedative for Coughs,

HEROIN HYDROCHLORIDE

Its water-soluble salt,

You will have call for them. Order a supply from your jobber.

Write for literature to

FARBENFABRIKEN OF ELBERFELD CO.

40 Stone Street, New York,
SELLING AGENTS.

Juni 1990

INHALT

EDITORIAL

Impressum	2
Editorial	2
20 Jahre Informatik – sind genug?	4
Danksagung	7
Der Lehrzielkatalog	7
News	
Informatik-Politik	8
Negative Bescheide bei Studienangelegenheiten	8
Global 2000	8
Das Informatikforum	9
Kunst und Computer – Was ist Midi (Teil2)	10
Österreich – Jetzt Öko, bald EG	12
Themenschwerpunkt Drogen	14
Kurze Chronologie der bisherigen Vorfälle und Aktivitäten	15
Stellungnahme der TU Wien zum Problemkreis Karlsplatz	16
Bericht von der Gründung des Personenkomitees	17
Literaturliste	18
Die Biografie der Sucht	19
Drogenlexikon	22
Drogenpolitik – Zwischen totalem Krieg und Freigabe	23
Der „Ganslwirt“	27
Die Österreichische Computer Gesellschaft	28
LeserInnenbriefe	29
Termine	
Tagung „Informatik und Umweltschutz“	30
Seminare	31
Informatikabsolventenbefragung	32
News for WirtschaftsinformatikerInnen	33
Von Barth bis Fleissner – Informatik im Wandel	34
Technologie-Comic	35

Nach langer, mühevoller Arbeit ist er nun fertig – der Fridolin 48.

Es gibt wieder einmal viel erfreuliches zu berichten, wir haben das 20 Jahr-Jubiläum der Informatik gefeiert, und bald werden zwei neue Professoren ihren Dienst antreten.

Der Schwerpunkt in diesen Fridolin ist die Drogenproblematik, die uns alle an der TU zur Zeit direkt betrifft. Uns ist es darum gegangen, Euch einen Einblick in den gesellschaftlichen Umgang mit Drogen-süchtigen zu geben.

Eine sachliche Information und Bewusstseinsbildung ist auf dieser Universität schon lange überfällig. Die Gerüchte und Mutmaßungen, die sich verbreiten, gehen an der Realität weit vorbei und sind einer der Problematik entsprechenden, Lösung mehr als nur abträglich. Ich hoffe, daß Ihr nach der Lektüre ein bißchen mehr Durchblick habt und mithelft – und sei es nur durch Richtigstellung von falschen Vorurteilen – die Situation für alle Seiten, vor allem für die Karlsplatz-Kinder, zu verbessern.

Das Motto heißt Helfen statt vertreiben.

Ich hoffe Euch macht das Lesen des Fridolins genauso viel Spaß, wie uns das Machen.

Astrid

Impressum

Medieninhaber und Verleger: Verein der InformatikstudentInnen c/o Fachschaft Informatik, TU Wien ♦
Herausgeber: Fachschaft Informatik, TU Wien ♦ **Redaktion:** Astrid, Edith, Guy ♦ **Layout:** Astrid ♦ **Alle:** Treitlstr. 3, 1040 Wien ♦ Tel: 56601/8119 ♦
Hersteller: KOPITU – HTU Wirtschaftsbetriebe GesmbH, Wiedner Hauptstr. 8-10, 1040 Wien ♦ **Herstellungsort:** Wien ♦ **Verlagspostamt:** 1040 Wien

COMPUTERWELT

ÖSTERREICH

SONDERHEFT

KARRIERE- SERVICE

Aus diesem Heft entnehmen Sie Tips und Anregungen wie Sie Ihre Karriere mit Plan angehen, und vielleicht finden Sie sogar Ihren Top-Job in unserem Stellenmarkt.

Den Kupon ausfüllen
und an folgende
Adresse absenden:

**CW-Publikationen
Verlagsgesellschaft**

**Zieglergasse 6
A-1070 Wien**



KARRIERE-SERVICE

„Darüber möchte ich informiert werden!“
Senden Sie mir unverbindlich und
kostenlos ein Exemplar.

Name: _____

Adresse: _____

Datum: _____

20 JAHRE INFORMATIK! - SIND GENUG?

Einst – in der grauen Vorzeit – man schrieb das Jahr eintausend-neunhundertund-siebzig geschah es! Prof. Stetter – entschlossen eine zukunftsweisende Tat zu setzen – überzeugte das BM für Wissenschaft und Forschung (kurz: BuMiWuf) die Studienrichtung Informatik einzurichten.

Da jene Tage nun genau 20 Jahre zurückliegen, organisierte die Fachschaft Informatik eine Jubiläumsveranstaltung, die am Freitag, den 18. Mai im Informatik Hörsaal stattfand.

Die Motivation war einerseits, Industrie und außeruniversitäre Einrichtungen auf momentane Problem der Informatikausbildung – wie die mangelnde Ausstattung mit Personal – hinzuweisen, andererseits eine Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Studieninhalte anzuregen. Eine Diskussion aller von der Informatik betroffenen Gruppen in Österreich über die Zukunft der Informatikausbildung sollte durch eine solche Veranstaltung initiiert werden.

Ziel des ganzen war es – hoffend, daß ein derartiges Jubiläum auch die Öffentlichkeit interessiert – die Medien zu einer verstärkten Berichterstattung über die Informatikmisere anzuregen.

Aus dieser Überlegung ergab sich eine Gliederung in zwei Teile. Im ersten Teil, den Festreden, sollte die Geschichte der Informatik an der TU und der Iststand bei Forschung und Lehre aufgezeigt werden, im zweiten Teil, der Podiumsdiskussion, sollte eine rege Auseinandersetzung über die weiteren Entwicklungen in der Informatik(ausbildung) stattfinden.

Teilnehmer:

Festreden

- Univ. Prof. Moser - Rektor der TU Wien, (erschien trotz Zusage nicht)
- Univ. Prof. Schauer - Universität Zürich
- Leistungsschau der Informatikins-titute:
 - Prof. Purgathofer
 - Prof. Gottlob
 - Prof. Grünbacher
- Dipl. Ing. Gärtner - Automationsausschuß GPA
- Peter Purgathofer - Informatikstudent

Podiumsdiskussion

- Univ. Prof. Skalicky - Diskussionsleiter, Dekan der Technisch-Naturwissenschaftl. Fakultät
- Doz. Höllinger - Sektionschef im BM f. Wissenschaft u. Forschung
- Dr. Risak - Abteilungsleiter PSE 1, Siemens
- Dr. Bandat - Softwareentwicklungsleiter, IBM
- Univ. Prof. Gottlob - Institut f. Angewandte Informatik
- Mag. Lingl - EDV-Lehrer
- Dipl. Ing. Barta - Geschäftsführer, service-soft
- Dr. Egger - Informatikabsolventin

HIGHLIGHTS der Festreden und Institutsbeschreibungen

Prof. Schauer von der Universität Zürich kritisierte an der Informatik (respektive den ProfessorInnen) zu geringe Mobilität, zu wenig englischsprachige Publikationen, zu geringe Kooperation innerhalb und außerhalb der TU sowie zuwenig Engagement und Ideenreichtum.

Da Prof. Schauer auch den Part übernommen hatte, über die Geschichte der Informatik an der TU Wien zu referieren, kritisierte er, daß die Studienrichtung Informatik sehr früh, und seiner Meinung zu Unrecht von der Fakultät für Elektrotechnik abgekoppelt wurde, und dabei den Bereich der Hardwareentwicklungen völlig vernachlässigte. Zum Schmunzeln regten seine Extemporationen zum Großen Streik im Wintersemester 85/86 an.

Bei der Präsentation der Institutstätigkeiten war Prof. Grünbacher ein erfrischender Abschluß, da sein Vortrag durch Kürze, Prägnanz und Klarheit bestach.

Bei den Forschungsgebieten des Instituts für technische Informatik handelt es sich um: Entwurf mikroelektrischer Systeme (Stichwort VLSI - Very Large Scale Intergration); Schedulingalgorithmen für Hard Real-Time Systems; sowie verteilte, fehlertolerante und Echtzeit-Systeme.

Davor stellte Prof. Gottlob fest, daß die Namen der beiden Abteilungen am Institut für angewandte Informatik nur in begrenztem Umfang mit den tatsächlichen Tätigkeiten korrelieren, und erklärte dann womit sich das Institut nun beschäftigt.

Nämlich: Expertensysteme und Datenbanken; Rechnernetzen und Methoden des Systementwurfs. Außerdem konnte er es - zur großen Verwunderung aller Anwesenden - nicht lassen im Namen von Prof. Kerner der Giro-Zentrale für deren finanzielle Unterstützung bei einem Seminar zu danken.

Den Anfang jedoch machte Prof. Purgathofer, der nach einer kurzen, und nur bedingt informativen, Erklärung der Struktur des Institutes für praktische Informatik eine ausführliche Einführung in Ray Tracing (ein Verfahren im Bereich GDV) gab. Zur allgemeinen Information möchte ich hier doch die Forschungsgebiete des Instituts aufzählen: Automatisches Beweisen, Verbesserung von Resolutionsbeweisen und formale Beschreibungsmethoden neuronaler Netze, u.e.a.

Einfluß von Technik (computergestützte Systeme) auf die Organisation von Arbeit, Geschlechtsspezifische Aneignungsweisen computergestützter Techniken, u.e.a.

Qualitätssicherung im Softwareengineering, Softwaremetriken, Programmverifikation, User Interface Design, Cognitive Science, Neurale Netze, Lernen und schließen in der AI, u.e.a.

Implementierung von Prolog basierend auf einer neuen Interpretertechnik, Programmtransformation, Prolog-Compilergenerator, u.e.a.;

Realistische Bildgenerierung, CAD, Bildausgabe und -speicherung, Computeranimation, u.e.a.

Algorithmen und Datenstrukturen für die GDV, Computational Geometry, Textverarbeitung, Automatisches Beweisen, u.e.a.

Übrigens u. e. a. heißt: und einiges anderes.

Und jetzt etwas für all jene, die gerade nach einem Thema für Diplomarbeit oder Praktikum suchen. Dipl. Ing. Gärner vom Automationsausschuß der GPA erwähnte, daß es

seitens der GPA großes Interesse an Zusammenarbeit mit InformatikstudentInnen gibt, um die diversen Probleme beim Computereinsatz zu beleuchten, und sinnvolle Lösungen herauszuarbeiten.

Am Ende des ersten Teils wies Peter Purgathofer noch darauf hin, daß so manches Problem im Bereich Informatik mit dem methusalemischen Alter einiger Informatikprofessoren zusammenhängen könnte.

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Die Zukunft der Informatikausbildung“

Bei dieser Diskussion, an der Vertreter aller Informatikrelevanten Gruppen teilnahmen - eine genaue Liste findest Du weiter vorne - kamen einige interessante, wenn auch nicht immer neue, Aspekte zu tage.

Im Zuge der Eröffnungsstatements wurde seitens der ehemaligen Studienrichtungsvertreterin Edel Egger die mangelnde didaktische Eignung der ProfessorInnenschaft angeprangert, und darauf hingewiesen, daß sogar bei Neuberufungen

didaktische Qualitäten nur ein Zuckerl sind. Diese Tatsache, die Du sicher auch schon feststellen mußtest, wurde bezeichnenderweise auch von keinem der anwesenden Professoren in Abrede gestellt.

„Wer nicht LISP kann ist kein Mensch.“

Aus Sicht der Industrie (groß & klein) - die im allgemeinen sehr zufrieden mit den InformatikabsolventInnen ist - kamen 2 wesentliche Kritikpunkte. Erstens, die mangelnde Fähigkeit zur Teamarbeit und zweitens, das Unvermögen sich den Kunden, der mit

dem Produkt arbeiten wird, vorzustellen. Bandat (IBM): Der Denkansatz „Für wen arbeite ich eigentlich als Endbenutzer“ fehlt. Die Arroganz mancher InformatikerInnen - Risak (Siemens): Es gibt Informatiker die sagen „Mit jemandem der nicht perfekt Lisp spricht spreche ich nicht, das ist kein Mensch.“ - wurde ebenfalls kritisiert.

Als Diskussionsleiter Skalicky meinte: „Ich habe den Eindruck gehabt, daß die Informatikausbildung, zumindest was die Inhalte angeht, durchwegs gelobt wurde.“ wurden doch Einwände erhoben. Es wurde die Mathematik was Form, Inhalt und Umfang betrifft stark beanstandet. Es ist unmöglich die Diskussion hier vollständig widerzugeben, jedoch möchte ich Dir einige der besten/originellsten/interessantesten Statements (zutreffendes nachher unter-



V.l.n.r.: Risak, Bardat, Gottlob, Skalicky, Lingl, Egger, Höllinger, Barta

streichen) nicht vorenthalten. Die Vertreter von Siemens und IBM hielten sich zu diesem Thema zwar zurück, doch auch sie waren der Meinung, daß ein guter Teil der Studienabbrecher auf den massiven Mathematikanteil am Anfang des Studiums zurückzuführen sei.

Mathematik abgeschlagen am letzten Platz!

Edel Egger meinte auf den Einwand hin, daß durch die Mathematik das Niveau gesichert würde folgendes: „Ich glaube halt, wenn man solche Fächer wie die Mathematik absolviert

hat man natürlich was gelernt. Man hat nämlich relativ intensiv gelernt, wie man sich Übungsbeispiele organisiert, wie man sich Vorlesungsskripten am besten kopiert, wie das am effizientesten gemacht wird, wie man am besten diese Anwesenheitslisten über sich ergehen läßt, wie man's schafft 2 x pro Semester eine halbwegs positive Leistung an der Tafel vorzulegen. – Das ist genau das, was man aufgrund dieser momentan stattfindenden Mathematik kann. ... und wenn die Mathematik sich halt wirklich darauf beschränkt, daß die Leute beschäftigt werden, ... , dann ist halt die Frage worin da das Niveau besteht!"



V.l.n.r. W. Purgathofer, Schauer

Sie räumt durchaus ein, daß man sich überlegen muß, wie man die Denkweisen die hinter der Mathematik stecken und die nicht im Lösen von Übungsaufgaben bestehen, schmackhaft machen kann. Sie mußte während ihrer Tätigkeit als Studienrichtungsvertreterin feststellen, daß es Mathematikprofessoren gibt, die sich seit 7 Jahren gegen eine Erneuerung der Inhalte und Methoden wehren.

Prof. Gotlob meinte dazu: „Ich glaube die Mathematik ist sehr wichtig; Mathematik ist eben mal schwer, das kann man nichts machen, das muß ein Informatiker machen. Nur bin ich auch selbst nicht zufrieden mit der Mathematik die unsere Absolventen, oder unsere Studenten können, denn ich glaube die Inhalte sind noch nicht ganz dort, wo sie sein sollten.“

Er ist der Meinung, daß Beweisen stärker im Vordergrund stehen sollte und man dafür die Differential- und Integralrechnung etwas zurückdrehen könnte. Weiters sagte er: „... und zwar sollte man mehr Graphentheorie machen, mehr Logik, mehr diskrete Strukturen, Kombinatorik, algebraische Grundlagen, Verbandstheorie. Dinge die man heute für die Informatik mehr braucht, als Differential- u. Integralrechnung. Das heißt nicht, daß Differential- u. Integralrechnung völlig durch den Rest fallen soll.“ (Und wie soll man das alles in einen Studienplan packen? —Anmerkung des Tipplers)

Barta, der 1975 einer der ersten Absolventen war (sein Zeugnis hat die Nummer 13), und der eine eigene Softwarefirma leitet bemerkte zum Problem Mathematik: „Ich habe mir als Vorbereitung für den heutigen Abend angeschaut, was ich von meinem Studium tagtäglich brauche, oder in den letzten Jahren gebraucht habe und da nimmt die Mathematik abgeschlagen den letzten Platz ein.“

Sigurd Höllinger, der für alles universitäre im BuMiWuf zuständig ist, kündigte gegen Ende der Diskussion noch an, daß 1991 die Informatik mit großer Wahrscheinlichkeit zusätzliche Dienstposten erhalten wird. Dazu bemerkte Skalicky, daß die TU die Informatik ganz sicher an die Brust nehmen wird, doch es muß auch Milch kommen. Abgesehen davon rief Höllinger die ProfessorInnen-schaft auf Teamarbeit, im Rahmen von Praktika oder Diplomarbeiten, verstärkt anzuregen.

Zum Abschluß dieses Berichts über die Podiumsdiskussion „Die Zukunft der Informatikausbildung“ möchte ich noch einmal Skalicky zitieren, der meinte: „Ich habe den Eindruck, daß die Informatik ganz ohne Zweifel die Trägerin einer kulturellen Revolution ist, die wir derzeit erleben. Ich habe allerdings den furchtbaren Verdacht, daß die Informatiker oder die Informatik sich manches mal auch schon für den Inhalt dieser kulturellen Revolution hält, und das ist sicher nicht der Fall.“

Resumé

Jetzt wo wir als Veranstalter dieser Monsterereignisse (immerhin gab es nach der Podiumsdiskussion noch ein Jazzkonzert mit drei großartigen Gruppen) wieder Zeit hatten um Luft zu schnappen, und auch die letzten Nachwehen überwunden sind, können wir ein kritisches Resumé ziehen. Ein Punkt ist sicher, daß es uns – im nachhinein betrachtet – Spaß gemacht hat eine derartige Veranstaltung aufzuziehen; auch im Hinblick darauf, daß die Professoren natürlich das zwanzigjährige Jubiläum verschwitz hatten (siehe auch mangelndes Ideenreichtum der Profs, Highlights: Schauer), und penlich berührt waren, als wir sie zu unserer Veranstaltung eingeladen haben.

Andererseits gibt es auch Anlaß für leichte Enttäuschung. Wir hatten nämlich gehofft, daß eine derartige Veranstaltung mehr Leute (StudentInnen, AssistentInnen, ProfessorInnen, Medien- und IndustrievertreterInnen) interessieren würde, als im Hörsaal gesessen sind. Auch das (fast) nicht vorhandene Presseecho, läßt die Vermutung weiter aufkeimen, daß für die Öffentlichkeit (sprich Presse) nur spektakuläre Ereignisse von Interesse sind, und nicht inhaltliche Auseinandersetzungen.

Zur Diskussion über die Inhalte des Studienplans: Für uns hat sich die Meinung weiter verstärkt, daß eine



Grünbacher

LEHRZIELKATALOG 90/91

TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN



Bernd Obermayer

Neuordnung des Studienplans dringend von Nöten ist (z.B. leidige Mathematik-Frage). Wir (Diene FachschaftlerInnen) haben daher begonnen – auch unter Berücksichtigung einer kommenden TechnikGesetz und UOG-Novelle - uns Gedanken über eine Umgestaltung des derzeitigen Studienplanes zu machen. Nachdem wir dabei nicht abgehobene Hirnwixerei betreiben wollen fordern wir Dich hiermit auf Deine angenehmen und unangenehmen Erfahrungen mit dem Studium herauszurücken. Dazu gibt es drei Möglichkeiten: 1.) Du schaust zur Fachschaftssitzung – jeden Dienstag um 15.00 Uhr, Du kriegst auch einen Kaffee – 2.) Du kommst einfach so in die Fachschaft und fragst nach den Studienplanleuten oder 3.) Du bringst Deine Erfahrungen und Vorschläge zu Papier und wirfst sie – Nein, nicht in den Papierkorb, sondern – in den Briefkasten vor der Fachschaft.

In der Hoffnung Dich einigermaßen gut informiert zu haben, und in freudiger Erwartung Deiner Ideen zum Studienplan verbleiben

Hasi & Bernd



Was ist der Lehrzielkatalog?

Den Lehrzielkatalog könnte man/frau vereinfacht als Vorlesungsverzeichnis hoch drei bezeichnen. In beiden sind alle Lehrveranstaltungen der TU Wien verzeichnet – nur im Lehrzielkatalog (LZK) sind neben Titel, Vortragender/n und LVA-Nummer auch noch so interessante Kleinigkeiten wie der Inhalt, das Lehrziel, das Semester, Pflichtfach bzw. Wahlfach für welche Studienrichtung, Voraussetzungen und nicht zuletzt wieviel StudentInnen diese LVA besuchen bzw. wieviele die Prüfung ablegen und/oder bestehen. Zusätzlich gibt es noch alle Studienpläne, Gebäudepläne, allgemeine Informationen zur Organisation der TU Wien, diverse gesetzliche Grundlagen für das Studium und vieles mehr. Doch der wahre Clou ist der Thesaurus: das ist ein Stichwortverzeichnis, an Hand dessen alle LVA zu einem bestimmten Thema gefunden werden können. Alles in allem ein großes Bündel von Wissen, das von der Arbeitsgruppe Lehrzielkatalog der HTU jetzt schon zum dritten Mal zusammen getragen wird.

Wie kommst Du zu Deinem LZK?

Der nächste LZK wird im Herbst 1990 erscheinen. Die Erfahrungen des letzten Jahres haben gezeigt, daß er meist innerhalb von drei Monaten ausverkauft ist.

Daher ist es ratsam sich jetzt schon ein Exemplar dieses begehrenswerten Machwerkes zu sichern. Dies ist sehr einfach durch die Subskription eines Lehrzielkatalogs im Sekretariat der HTU (Freihaus, roter Turm, 1. Stock) möglich. Ein weiterer Vorteil ist der Subskriptionspreis von 70.- Österreichischen Schillingen, da der LZK im Herbst nur mehr um 100.- Alpendollars zu haben ist.



Danksagung

Lob den großartigen OrganisatorInnen dieser Veranstaltung: Bernd, Gabi, Hannes, Hasi, Klaus und Martin K. - You were great!

Vielen Dank auch allen Firmen und Institutionen für Ihre Unterstützung (GPA, Siemens, Z, Kattus, u.a.). Herzlichen Dank der Firma Siemens für das Buffet!

Wir möchten uns noch einmal bei den TeilnehmerInnen bedanken und hoffen auf eine weitere gute Zusammenarbeit! Wir danken für Ihre Kommen Hr. Dr. Bandat, Hr. DI Barta, Fr. Dr. Egger, Hr. DI Gärtner,

Hr. Prof. Gottlob, Hr. Prof. Grünbacher, Hr. Doz. Höllinger, Hr. Mag. Lingl, Hr. P. Purgathofer, Hr. Prof. W. Purgathofer, Hr. Dr. Risak, Hr. Prof. Schauer, Hr. Prof. Skalicky.

Vielen Dank den Informatikinstiuten für ihre tatkräftige Unterstützung.

Vielen, vielen Dank an alle freiwilligen HelferInnen: Edith, Eky, Gabi Z., Guy, Katarina, Martin B., Steffi, Stephan, Poldi, Wolfgang.

Wir danken den Gruppen Incognito, Ruff 'n' Tuff und Pan Tau für ihre Auftritte.

Astrid

NEWS

INFORMATIK-POLITIK

Profil-Artikel, 5. 6. '90, Nr. 23, S. 111

Kurt Waldheim, Bundespräsident, profilierte sich neuerdings als Informatik-Experte. Waldheim verweigerte bisher seine Unterschrift unter die Ernennung des Dozenten Peter Fleissner zum Professor an der technischen Universität. Er habe Bedenken wegen der Qualifikation des Technikers- und Sozialwissenschaftlers, ließ der Präsident in einem Brief an Wissenschaftsminister Erhard Busek wissen. Fleissner, seit 1973 an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften tätig, hatte diese Qualifikation in seiner Laufbahn indes vielfach unter Beweis gestellt. Er war aber in den letzten Jahren auch anders aufgefallen, hatte Veranstaltungen zum Ge- und Denkjahr 1988 mitorganisiert und im Präsidentschaftswahlkampf 1986 Resolutionen gegen Kurt Waldheim unterzeichnet.

Jetzt unterschreibt der Präsident nicht – und im Wissenschaftsministerium ist man verblüfft: Bei der Ernennung Hunderter Universitätsprofessoren in den letzten Jahrzehnten können sich die zuständigen Sachbearbeiter bisher nur an zwei Fälle der Unterschriftenverweigerung durch ein Staatsoberhaupt erinnern.

Fleissner hatte im Falle einer Berufung an den Lehrstuhl für „Gestaltungs- und Wirkungsforschung“ an der TU allerdings auch mit dem Widerstand einiger Informatik-Professoren zu rechnen. Als Vertreter linker Thesen bei Themen wie Arbeitszeitverkürzung hatte er sich in den letzten zwei Jahrzehnten seiner wissenschaftlichen Arbeit auch zahlreiche Gegner in der Professorenschaft gemacht. An der ehrwürdigen Akademie der Wissenschaften hatte der Dozent auf die erstmalige Gründung eines Betriebsrates gedrängt – und wurde von den Kollegen in diese Funktion gewählt.

Die Berufungskommission der Universität reichte Fleissner dennoch in ihrem Dreivorschlag für die neue Profes-

sur ein – und auch Erhard Busek sah nur die Qualifikation: Der Waldheim-Kritiker sollte per 1. Juli in der TU einziehen.

Weil dem HBP „Bedenken“ kamen, muß Busek nun eine erklärende Schreiben an ihn richten. Der vorgesehene Termin für die Ernennung dürfte jedenfalls nicht mehr einzuhalten sein – auch wenn sich Technik-Experte Waldheim doch noch von den Qualitäten Fleissners überzeugen läßt.

A. Kaltenbrunner (profil 23/90)

Ablehnende Bescheide in Studien- angelegenheiten

Alle diejenigen unter Euch, die einen Antrag auf Fächertausch gemäß §9 Technikgesetz gestellt haben, und einen negativen Bescheid von Studienkommissionsvorsitzenden Prof. Grünbacher bekommen haben, sollen, innerhalb der Einspruchsfrist (14 Tage) Einspruch gegen den Bescheid erheben.

Denn in der zweiten Instanz entscheidet die Studienkommission bestehend aus 1/3 Professoren, 1/3 Assistenten und 1/3 StudentInnen, über Deinen Antrag ab. Nur so kann langfristig eine freier Handhabung des §9 des Technikgesetzes erreicht werden. Wichtig ist, daß Ihr innerhalb der Frist Einspruch erhebt. Das kann auch formlos geschehen, z. Bsp. mit einem kurzen Brief, in dem nur steht „Ich erhebe Einspruch gegen den Bescheid vom ...“. Eine genauere Begründung kann nach gereicht werden. Wenn Ihr Fragen diesbezüglich habt, bzw. Unterstützung braucht, meldet Euch in der Fachschaft, weil der Studienrichtungsvertretung in diesen Angelegenheiten Parteienstellung zu kommt.

Viel Glück bei Euren Anträgen!

Astrid

MITARBEITERINNEN GESUCHT

Bist Du an unserer Umwelt interessiert und hast Du etwas Zeit? Wir suchen nämlich gerade Leute, die unsere ebrenamtliche Arbeit unterstützen wollen: Als MitarbeiterIn im Büro, beim Adressen eingeben oder am Infostand.

Melde Dich bitte unter 340342 Reiner Hofman, 1090 Wien, Habngasse 15/14.

GLOBAL 2000

DAS INFORMATIKFORUM

Seit 4 Jahren gibt es das *INFORMATIK FORUM*, seit 1 1/2 Jahren wird es von Mitarbeitern und MitarbeiterInnen der *Fachschaft Informatik* herausgebracht. Grund genug, es endlich einmal im *fridolin* vorzustellen.

Das *INFORMATIK FORUM* ist die österreichische Fachzeitschrift für Informatik. Sie hat die wissenschaftliche Grundsatzdiskussion über Computertechnik sowie die Auseinandersetzung von Universität und Wirtschaft zum Inhalt. Auch noch nicht etablierte Forschungsansätze von jungen AutorInnen sollen die Diskussion in Fachkreisen bereichern und vorantreiben.

Das *INFORMATIK FORUM* veröffentlicht Forschungsberichte und Diskussionsbeiträge. Weiters erfolgen Hinweise auf interessante Diplomarbeiten und Dissertationen sowie Berichte über fachspezifische Aktivitäten an österreichischen Universitäten und Hochschulen.

Das *INFORMATIK FORUM* stellt Universitäts- und Forschungseinrichtungen vor.

Das *INFORMATIK FORUM* ist eine regelmäßige Publikation und erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember) und behandelt jeweils Schwerpunktthemen, zu denen kompetente Autoren Stellung nehmen.

Bisher erschienen sind Hefte zu den folgenden Themen:

- Heft 1/86: Studienmodelle
- Heft 2/86: Studienmodelle und -aspekte
- Heft 1/87: Informatik in der Gesellschaft
- Heft 3/87: Informatik in philosophischer Reflexion
- Heft 1/89: Ausbildung in Informatik
- Heft 2/89: Gestaltungs- und Wirkungsforschung
- Heft 3/89: Volkszählung und Datenschutz
- Heft 4/89: Mensch-Maschine-Kommunikation

Die gerade erschienene Nummer (siehe Faksimile) hat den Schwerpunkt „Cognitive Science“ und enthält Artikel von Hubert Dreyfuß, Joseph Weizenbaum, Peter Baumgartner, Thomas

Grchenig und anderen. Wenn Du Interesse hast, schick den untenstehenden Coupon ab und mach Dir selbst ein Bild.

Klaus

ISSN 0170-0111

Band 4 Heft 1 Juni 1990

INFORMATIK FORUM JUN 90

Cognitive Science

Körper, Kontext und Kultur P. Baumgartner
S. Payr

Künstliche Intelligenz als
Eindlösung der Menschenfrage J. Weizenbaum

A lack of natural intelligence inside
artificial intelligence? T. Grchenig

Social Intelligence Support G. Hanappi

Auf dem Weg zu einem neuen
Verständnis der Cognitive Science M. Peschl

Making a Mind vs.
Modelling the Brain H. Dreyfuß

Erstellung von Software als
„mehrdimensionales“ Problem A. Sprinzl

mit

DATENSCHUTZ & INFORMATIONSRECHT

- Ich bestelle
- ...Exemplare *INFORMATIK FORUM* Nr. ...
zum Preis von je 65 65.-
 - ein Jahresabonnement Inland
INFORMATIK FORUM (4 Hefte)
zum Preis von 65 200.-
 - ein Jahresabonnement Ausland
INFORMATIK FORUM (4 Hefte)
zum Preis von 65 250.-
 - ein ermäßigtes Jahresabonnement für
StudentInnen *INFORMATIK FORUM* (4 Hefte)
zum Preis von 65 150.-

Diese Bestellung gilt ab Heft ...

Name: _____

Adresse: _____

Unterschrift: _____

Bitte mit
65 4.-
frankieren

INFORMATIK FORUM

Technische Universität Wien
c/o Fachschaft Informatik
Karlsplatz 13
A-1040 Wien

KUNST UND COMPUTER – WAS IST MIDI?

(Teil 2)

War im ersten Teil der MIDI-Story mehr von der historischen Entwicklung und der Grundidee der MIDI-Schnittstelle die Rede, so möchte ich diesmal auf typische Anwendungen eingehen. Außerdem gibt's einen Blick in die Zukunft und eine kritische Bewertung der MIDI-Schnittstelle.

Die größten Veränderungen hat MIDI sicherlich am Keyboardsektor bewirkt. Synthesizer, bzw. sogenannte Workstations haben heute Ausstattungsmerkmale, die eher an einen Computer als an ein Musikinstrument erinnern. Nehmen wir zum Beispiel ein günstiges Modell her, den ROLAND D20. Dieses Gerät vereinigt einen 32-stimmigen Synthesizer mit 128 gesampelten Naturklängen (schlechterer Qualität), einen Drumcomputer mit 64 gesampelten Sounds, ein digitales Effektgerät, einen Acht-Spur-Sequenzler, ein 3,5" Diskettenlaufwerk, eine Menge RAM als Song- und Sound-Speicher, ein Cartridgeinterface zum Anschluß von RAM- oder ROM-Cartridges mit vorgefertigten Sounds und eine 61-Tasten-Tastatur mit Anschlagsdynamik. Das alles gibt es um ca. 20.000,- zu kaufen – viel für's Geld? Bei diesem Preis muß man allerdings einige Einbußen in Sachen Klangqualität und Bedienungskomfort machen. In Sachen MIDI ist der D20 äußerst luxuriös ausgestattet. Er verfügt über den Multi-Timbral-

Mode, dh. er kann auf acht Kanälen gleichzeitig MIDI-Daten empfangen und senden und außerdem auf jedem Kanal einen eigenen Sound erzeugen! Man kann also gleichzeitig - mit Hilfe des Sequenzers - Bass spielen, eine Portion Streicher darunterlegen, eine Bläsergruppe darüberfetzen lassen und das ganze mit E-Piano, Schlagzeug und einer Prise Digitalhall abrunden. Oder aber man läßt die Kiste hinter der Bühne stehen und steuert sie mittels MIDI von einem Masterkeyboard an, das auf der Bühne steht. Masterkeyboards sind Tastenbretter ohne eigener Tonerzeugung, dafür mit einer – meist – luxuriösen (Holz)tastatur mit entsprechend großem Tastenumfang – bis zu 7,5 Oktaven = Klavier – samt dazugehöriger Steuerungssoftware um die angeschlossenen Synthesizer und Expander zu verwalten. Ein Masterkeyboard ist sozusagen die Kommandozentrale eines MIDI-Systems. Nachteil: groß, schwer und teuer. Wer sich jetzt so etwas leistet, wird sich überlegen, daß er ja nun eine optimale Tastatur besitzt und seine Synthesizer nur mehr mittels MIDI anzusteuern braucht, also deren billigen Plastik-tastaturen gar nicht mehr benötigt... Und da kommt jetzt ein Gerät wie gerufen, dessen Name schon weiter oben gefallen ist: der Expander. Kein Trainingsgerät für Muskelfetischisten sondern ein Synthesizer ohne Tastatur - ein Klangerzeugungsmodul, anzusteuern via MIDI.

Für alle, die sich mit den Begriffen schwertun folgt eine Begriffsdefinition, Profis überspringen sie verachtungsvoll.

- ▶ **MIDI:** serielle Schnittstelle zum Übertragen von „musikalischen“ Daten auf digitaler Basis; 16 Kanäle; international genormt.
- ▶ **SYNTHESIZER:** Klangerzeugung, Tastatur und zusätzliche Ausstattungsfeatures in einem Gerät.
- ▶ **EXPANDER:** Synthi ohne Tastatur = Klangerzeugungsmodul, anzusteuern mittels MIDI, meist in einem 19"-Gehäuse, kleiner und billiger als das jeweilige Tastatenmodell, da man die Tastatur nicht mitkaufen muß.
- ▶ **MASTERKEYBOARD:** große, gewichtete Tastatur ohne eigene Tonerzeugung; umfangreiche Steuerungssoftware um Synthesizer und Expander anzusteuern.
- ▶ **REMOTE-KEYBOARD:** Umhängekeyboard mit ca. 3-4 Oktaven Tonumfang, ohne eigene Tonerzeugung, steuert Synthesis mittels MIDI an.
- ▶ **DRUMCOMPUTER:** kennt jeder - Radio aufdrehen und x-beliebige Nummer anhören; heute gesampelte Sounds, die sehr echt klingen (können).
- ▶ **SEQUENZER:** Hard- oder Software, die MIDI-Daten in Echtzeit aufnimmt = digitales Tonband; es werden die Tonformationen, nicht die Klänge selbst, aufgenommen, dh. beim Abspielen einer Nummer muß ein Synthesizer angeschlossen sein, der aufgrund der gesendeten MIDI-

Daten die entsprechenden Klänge erzeugt. Manche bieten auch Notendruck an, dh. der Musiker spielt eine Komposition in den Sequenzer und kann die Partitur am Laserdrucker ausdrucken, ohne einen Strich zu zeichnen.

- **MIDI-PATCHBAY:** Zusatzgerät, das den MIDI-Kabelsalat entwirren soll und das lästige Kabelumstecken mittels Software erledigt.
- **MIDI-MIXER:** MIDI-gesteuertes Mischpult, es lassen sich die Bewegungen der Regler programmieren und per Sequenzer und MIDI automatisieren.
- **MIDI-MERGER:** Gerät, das die Daten von mehreren MIDI-Kabeln auf ein Kabel zusammenmischt; ein Y-Stecker genügt nicht!
- **MIDI-SPLITBOX:** Gerät, das die Daten eines MIDI-Kabels auf mehrere aufteilt; hier genügt theoretisch ein Y-Stecker.
- **MIDI-DELAY:** verzögert MIDI-Daten - zB. Noteninformationen; dient der Synchronisation von Sequenzern und Bandmaschinen oder zum Erzeugen von Echo-Effekten.
- **WORKSTATION:** der am schwierigsten zu erklärende Begriff, weil jeder Hersteller etwas anderes darunter versteht.

Eine Workstation ist eine integrierte Musik-Produktions-Maschine, die alle Features, die man bei der modernen Studioarbeit benötigt, vereint. Als da wären Synthesizerklänge, gesampelte Naturklänge, Sequenzer, Drumsounds, mehrere digitale Effekte, Computermix, Tastatur, Disketten bzw. Festplatte zum Speichern von Sounds, Songdaten, Drumpatterns..., die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

- **WORKSTATION:** der am schwierigsten zu erklärende Begriff, weil jeder Hersteller etwas anderes darunter versteht.

Eine Workstation ist eine integrierte Musik-Produktions-Maschine, die alle Features, die man bei der modernen Studioarbeit benötigt, vereint. Als da wären Synthesizerklänge, gesampelte Naturklänge, Sequenzer, Drumsounds, mehrere digitale Effekte, Computermix, Tastatur, Disketten bzw. Festplatte zum Speichern von Sounds, Songdaten, Drumpatterns..., die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Ein Gerät, das die Anforderungen, die an eine Workstation gestellt werden auf hohem Niveau erfüllt, ist das Flaggschiff der KORG T-Serie, die T1-Workstation.

Gewichtete Tastatur mit 88 Tasten, also voller Klavierumfang, 4 MByte Samples im ROM, 1 MByte freier RAM-Speicher, 2 digitale Effektgeräte, die Tonerzeugung des bereits legendären M1-Synthesizers, 3,5"-Diskettenlaufwerk, Festplatte optional, komfortabler Sequenzer mit 80.000 Noten Speicher, gesampelte Drumsounds, massenhaft Anschlüsse für Pedale, Schweller, MIDI I/O, Einzelausgänge für die Sounds, menügesteuerte Benutzeroberfläche, beleuchtetes LCD-Display mit 64x8 Zeichen, usw. Preis ca. 75.000,-.



Mit solch einem Gerät lässt sich schon einiges anfangen. Wer es effektiv nutzt kann sogar auf eine aufwendige – und um einiges teurere – Mehrspur-Tonbandmaschine verzichten und so ein Vielfaches der ausgegebenen Summe einsparen. Digitalfreaks benötigen neben diesem Instrument eigentlich nur mehr ein kleines Mischpult um die SängerInnen drüberzulassen, und eigentlich könnte man deren Stimmen bei der Gelegenheit auch gleich sampeln...

Mit etwas Phantasie kann sich der Leser ausmalen, welche Veränderungen die MIDI-Schnittstelle am Musikmarkt, vor allem im Studiobereich bewirkt hat. Musikproduktionen passieren heute zumeist im stillen Kämmerchen auf rein digitaler Basis. Wer als erster auf der Strecke blieb, das waren die Schlagzeuger. Studiojobs für Schlagzeuger haben heute Seltenheitswert – es ist ja so einfach mit dem Drumcomputer... Abgesehen von der dadurch härteren Konkurrenz zwischen den Musikern tritt langsam der Effekt ein, daß das Miteinander musizieren immer mehr in den Hintergrund verdrängt wird vom Ego-Solotrip auf der MIDI-Worksta-

tion. Was fehlt, ist das Feedback der Mitmusiker, die gesunde Kritik – jemand, der einem sagt wie hundermiserabel das eigentlich klingt, was man in einer 'genialen' Stunde zu Papier, bzw. in den Sequenzer gebracht hat. Das Ergebnis dieses Isolationsprozesses erleben Ö3-Hörer tagein, tagaus: Musik aus der Dose. Einfalllos, langweilig, austauschbar, unreflektiert (!!), einfach furchtbar ööööö...

Die Musiker müssen erst lernen mit MIDI und Computern umzugehen und sich nicht von den Möglichkeiten blenden zu lassen. Sie sind gerade in der Phase in die der jugendliche Computerfreak eintritt, sobald er das erste Computerspiel startet. Ein langer Egotrip auf der Maschine. Viele Freaks überwinden diese Phase nach einiger Zeit, hoffen wir daß sie die Musiker auch überwinden und wieder miteinander musizieren statt nebeneinander. Eine Auswirkung, die sicherlich von Dauer ist, ist die Umwälzung am Musikinstrumentenmarkt. Plötzlich gab es Firmen, deren Produkte über Nacht überflüssig wurden – die Firma Rhodes zum Beispiel, die in den 70ern erstklassige E-Pianos herstellte und fast ein Monopol darauf hatte, mußte über Nacht zusperrten, als YAMAHA um 1983 den revolutionären DX7-Synthesizer vorstellte, der zwar gleichviel kostete wie ein Rhodes Stagepiano, aber ein Fünftel des Gewichts hatte und neben dem erstklassigen Rhodes-Sound noch ein PAAR TAUSEND weitere...

Am Musikinstrumentenmarkt spielen sich heute Szenen ab wie am EDV-Markt. Firmen kommen und verschwinden, verkauft wird über den Preis. Übrig bleiben wenige große Hersteller, die den Markt beherrschen: YAMAHA, ROLAND, KORG (im Besitz von Yamaha!), AKAI, KAWAI, EMU.

EIN BLICK IN DIE ZUKUNFT

Über kurz oder lang wird eine Neuauflage der MIDI-Schnittstelle notwendig sein. 16 Kanäle erweisen sich oft als zu

wenig, die Datenübertragung ist oft zu langsam und führt zu Datenstau; was bei Noteninformationen den unangenehmen Effekt hat, daß einige Synthes ihre Töne zu spät spielen (Üben!). Außerdem kochen schon zuviele Hersteller ihr eigenes Süppchen und verwenden bei weniger exakt definierten MIDI-Befehlen ihr eigenes Format, was zu Inkompatibilität zwischen den Geräten führt.

Der Trend geht immer stärker Richtung Sampling und Workstations, mit immer komplexerer Software und größeren Displays, aber auch zu mehr Bedienungskomfort und Interaktivität mit dem Benutzer. Wenn man bedenkt, daß sich zum Beispiel beim neuesten YAMAHA-Modell SY77 ein Sound aus 1000 (!) Parametern zusammensetzt, kriegt man eine Ahnung davon, was Interaktivität und Ergonomie bei der Sounderstellung bedeuten – übrigens, der SY77 kann sich dessen nicht gerade rühmen. Man kann sich das vorstellen, wie einen alten Analogsynth, der schlicht und einfach 1000 Regler am Gehäuse hat.

In naher Zukunft werden sicherlich die letzten midilosen Instrumente urbanisiert – so viel ich weiß gibt es noch kein Interface für Maultrommeln – und in das System integriert. Es ist heute schon möglich



auf einem Saxophon Schlagzeug zu spielen oder auf einem Schlagzeug Saxophon; wie es klingt und ob das Sinn hat, steht woanders geschrieben.

Die MIDlanner sind vom ihrem Kriegspfad noch lange nicht zurück.

Martin Koller

ÖSTERREICH – JETZT ÖKO BALD EG

*Österreich soll zur EG,
und die Selbstver-
ständlichkeit, mit der
österreichische
PolitikerInnen in
Richtung Europäische
Gemeinschaft ziehen,
wirkt wie eine sanfte
Art der Manipulation.*

Über Alternativen zu einem totalen Beitritt Österreichs in die EG wird nicht oder wenig geredet, dafür wurden Normen bereits auf EG-Stand gebracht, auch Preise sind schon davon betroffen, (man/frau kauft nach EG Preisen). Doch ist das wirklich von Vorteil? Oder soll dies nur als Beweis dafür dienen, wie wichtig der Beitritt zur EG doch auch für den einzelnen Bürger ist?

Mit dieser sehr interessanten Taktik wird der Wille der Politik (Wirtschaft) so hingestellt, als wäre es der heilige Wille des Volkes, dem die Politik brav nachkommen würde. So ist man/frau sich sicher, daß es im Volk kein Rumoren gibt, denn das alles geht ja eigentlich vom geliebten Volke aus. Der einzelne Bürger sieht nur, daß sich alles in Richtung EG begibt, und das mit einer enormen Geschwindigkeit; er weiß nicht so recht warum, zieht schlussendlich mit, um nicht auf der Strecke zu bleiben.

So werden also, kurz gesagt, Bedürfnisse geschaffen, die als Lösung scheinbar nur den Beitritt zur EG erlauben. Wieso hege ich solch schwarze Gedanken, warum stört mich soetwas?

Nun, mir persönlich, als Nicht-Österreicher, geht es in erster Linie um die ökologischen Maßnahmen, die Österreich ausgearbeitet und in Kraft gesetzt hat. Die meisten davon sind einzigartig. Ich möchte hier zwei Beispiele anführen, die ich deshalb gewählt habe, weil deren Problematik allgemein bekannt sein dürfte:

Jeder weiß, daß KFZ-Abgase mit schuld an der Zerstörung der Wälder sind; nun hat Österreich zur Bekämpfung dieses Problems einen richtungsweisenden Schritt unternommen; alle neuen Autos, die nach Österreich importiert werden, müssen mit einem Katalysator ausgerüstet sein, was sehr zu begrüßen ist.

Weiters weiß wohl jeder, daß Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) die Ozonschicht unseres Planeten langsam, aber sicher, auflösen. Nun wurde in Österreich eine Verordnung über ein Verbot vollhalogener Fluorchlorkohlenwasserstoffe als Treibgas unter Druckgaspackungen erlassen und im Bundesgesetzblatt (BGBl. Nr. 55/1989) kundgemacht. Dies als erstes Verbot bzw. Beschränkung gemäß §14 des Chemikaliengesetzes. Sehr schön !!

Was kann nun passieren mit solchen Verordnungen, wenn Österreich wirklich in die EG aufgenommen wird? Vergessen wir nicht, daß die EG eigentlich nur eine Sammelbezeichnung ist für

- ▶ die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG),
- ▶ die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) und
- ▶ die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Primitiv gesagt also ein einfacher Wirtschaftsmarkt, in dem für jedes Mitgliedsland die selben Import-Exportbestimmungen gelten.

Doch wie werden sich solche Maßnahmen vertreten lassen, wenn Österreich erst einmal der EG beigetreten ist? Wie kann es sich ein kleines Land wie Österreich im Vergleich zur „mächtigen“ EG leisten, Ausnahmeregelungen von den allgemeingültigen Import-Exportbestimmungen zu wünschen, die doch eine grundlegende Basis der EG darstellen? Wird man auf fortschrittliche ökologische Errungenschaften verzichten müssen? Wird man der EG dieses Zugeständnis machen, zumal es ohnehin eine Menge weiterer Faktoren gibt, die den Anschluß Österreichs an die EG erschweren (Neutralität, Atomsperrgesetz)? Österreich kann, denke ich, wenn es diesem Verein angehören will, nicht mit Sonderbestimmungen kommen, sondern wird die in der EG geltenden Gesetze und Bestimmungen annehmen müssen.

In der EG gibt es keine Katalysatorpflicht, darüber geredet wird nur, wenn Wahlen vor der Tür stehen; selten genug ergibt sich daraus etwas Konkretes. Ist es nicht

pervers, daß die deutsche Automobilindustrie ihre Fahrzeuge, die nach Österreich oder in die Vereinigten Staaten exportiert werden, serienmäßig mit Katalysator ausrüstet, im eigenen Land aber Autos ohne Katalysator fahren, in der BRD gibt es lediglich Steuerbegünstigungen für Fahrzeuge mit Kat. Auch was FCKW betrifft wird geredet und geredet, jede/r beteuert, sich dieser Problematik bewußt zu sein, doch Maßnahmen zu treffen hieße der goldenen Kuh Wirtschaft ins Gehege zu kommen.

Erst wenn die Wirtschaft grünes Licht gibt wird man/frau auch in der EG beginnen, auf längst

bekanntere Alternativen umzusteigen. Österreich kann nun auf seine ökologischen Errungenschaften, die es trotz erbittertem Widerstand seitens der Wirtschaft erlangt hat, verzichten, um total Mitglied der EG zu sein.

Was ist nun wichtiger: EG Mitglied zu werden und alle umweltfreundlichen Maßnahmen zu streichen, sich quasi zu prostituieren um EG-kompatibel zu sein? Oder wird Österreich einen Beitritt nur dann in Erwägung ziehen, wenn solche Fragen geklärt sind, doch nicht auf die Art und Weise, daß die Ökologie wieder einmal auf der Strecke bleibt? luc

art beko bringt Farbe in den Kopier-Alltag

Schluß mit den eintönigen 1-färbigen Kopien - machen Sie doch aus Ihrem Kopierer einen Farbkunstdrucker. Schwarz-weiß Vorlage in den Kopierer - auf art beko Designpapier kopiert und fertig ist 'Ihr' spezieller Werbeträger. art beko Künstlerdesignpapiere gibt es in 14 verschiedenen Designs.

Fordern Sie Muster an und machen Sie mit bei der art beko Degustation!

art beko Designpapier in 14 Designs



art beko • 1030 Wien • Weißgerberlande 38 • Telefon 0222 / 713 37 330

THEMENSCHWERPUNKT

DROGEN

Die StudentInnen der technischen Universität Wien sehen sich derzeit verstärkt mit einem Problem konfrontiert das wenig mit dem Alltagsleben auf einer technischen Universität zu tun hat: dem Drogenmißbrauch. Das Eindringen von Drogensüchtigen in die Räumlichkeiten der TU einerseits, die Maßnahmen der Universitätsdirektion dem entgegenzuwirken andererseits, bieten einen großen Spielraum für heftige Diskussionen.

Wir haben versucht mit diesem Schwerpunkt aktuelle Informationen zur Lage auf der TU, aber auch allgemeine Hintergrundinformationen über das Thema Drogen zu geben. Dies in der Hoffnung, eine sachliche Diskussion und konkretes Handeln auf breiter Ebene zu ermöglichen.

Alle diejenigen die sich nach dem Lesen dieses Schwerpunktes (oder schon vorher) entschließen sollten mitzuhelfen, können sich mit der Fachschaft Informatik oder dem Frauenreferat der HTU in Verbindung setzen.

KURZE CHRONOLOGIE DER BISHERIGEN VORFÄLLE UND AKTIVITÄTEN

07.03.90 Diskussionsveranstaltung:

Heute gab es eine Diskussion auf der Wieden, veranstaltet vom Bezirk, mit dem geheimen Übertitel „Rettet die Wieden“. Gefordert wurde: Weg mit den Kindern vom Karlsplatz, schickt sie auf die Donauinsel, dort sind sie untergebracht und können auch baden gehen und mit der U-Bahn fahren.

26.03.90 Stellungnahme

Eine Stellungnahme der TU Wien zum Projekt „Ganslwirt“ (= eine Art Drogenstation) geht an Vizebürgermeisterin Smejkal und an Bürgermeister Zilk.

28.03.90 Wieder Einer

Heute wurde in den Toiletten der TU wieder ein Drogenabhängiger aufgefunden, der sich wahrscheinlich eine Überdosis gesetzt hat und in ein Krankenhaus abtransportiert werden mußte.

30.03.90 Die erste Perustration

Ein freier Journalist – Mitarbeiter des Standard – wurde in den Toiletten der TU von Kriminalpolizisten auf eher unsanfte Art perustriert. Ebenso erging es ca. 10 anderen StudentInnen.

02.04.90 Infostand Karlsplatz

Die HTU hat sich entschlossen, per Infostand verschiedene Informationen und Flugblätter an die Bevölkerung weiterzugeben, um den Informationsfluß zu vertiefen.

03.04.90 Gespräch mit dem

Suchtgiftdezernat

In der Bundespolizeidirektion fand ein Treffen zwischen Universitätsdirektion, Vertretern der

Evangelischen Schule, Hochschülerschaft und Vertretern des Rauschgiftdezernates und der Sicherheitspolizei Wieden statt. Dabei wurde geäußert, daß die Polizei nur sporadische Kontrollen macht, daß sie an sich keine Handhabe gegen Medikamentenmißbrauch habe, da dieser legal sei, und daß sie, wenn sie in der TU interveniert, immer vorher von den Portieren gerufen wurde; dort also vollkommen legal darin tätig ist. Perustrierungen an sich wären gesetzlich nicht gedeckt, sind aber, wie vorher erwähnt, immer wieder durchgeführt worden.

04.04.90 Unterschriftenaktion für mehr Drogenberapistationen

Universitätsdirektor Schranz unterschreibt nicht, mit dem lapidaren Kommentar, für so viele Drogensüchtige sei das Projekt zu klein. Deshalb kann er es auch nicht unterstützen.

09.04.90 Ende der Unterschriftenaktion

Die Unterschriftenaktion am Karlsplatz gegen das Wegweiserecht und für Drogenberapistationen in den Bezirken ist abgeschlossen. Es wurden ~3.000 Unterschriften gesammelt.

11.04.90 Der Senat der TU Wien

In den Protokollen des letzten Akademischen Senats ist festgehalten, daß der Rektor, das wissenschaftliche Personal und die StudentenvertreterInnen mit der Sicherheitsdirektion lediglich über die „Vertreibung der Drogensüchtigen“ verhandeln und nicht um Problemlösungen.

12.04.90 Dunkle Gestalten

Der Vorsitzende der HTU wird um 12.30 h am Betreten des Freihauses gehindert.

20.04.90 Die Neue Hausordnung

Heute trat die neue, von Direktor Schranz unterzeichnete, Hausordnung in Kraft. Der akademische Senat hat die Vertreibung der Süchtigen angeordnet. Eingeschränkte Öffnungszeiten (6–20Uhr, an Samstagen geschlossen) und verstärkte Kontrollen der Helwacht sind die Folge.

26.04.90 Die Konfrontation

Vertreter der HTU und der Amerlingschule konfrontierten gestern dem Bezirksvorsteher des 6. Wiener Gemeindebezirkes, Mag. Kurt Pint erneut mit der Forderung den „Ganslwirt“ als Betreuungsstelle für die Karlsplatzkinder zur Verfügung zu stellen.

02.05.90 Die Besetzung

Trotz Vorsprache bei Direktor Schranz und Rektor Moser zeigen diese sich von den Argumenten der HTU unbeeindruckt. Daher wurde heute um 13.00 Uhr die Direktion von Mitgliedern der HTU besetzt.

08.05.90 Die erste Tote in der TU

Eine junge Frau wird tot in den Toiletten des Freihauses gefunden. Ein weiteres Opfer des Karlsplatzes.

17.05.90 Das Personenkomitee

Erstes Treffen des Personenkomitees. Siehe nachfolgenden Artikel.

Astrid

STELLUNGNAHME DER TU WIEN ZUM PROBLEMKREIS KARLSPLATZ

Die TU Wien, mit 25.000 Bediensteten und Studierenden größter Anrainer am Karlsplatz, sieht sich in Anbetracht der immer größer werdenden „Szene Karlsplatz“ gezwungen, eine Stellungnahme zu den Problemen abzugeben. Diese soll einerseits einer Klarstellung der Position der TU in der laufenden politischen Auseinandersetzung und andererseits als Beitrag zu einer konstruktiven Diskussion dienen.

Die direkte Betroffenheit der TU Wien ergibt sich aus der räumlichen Nähe zum Karlsplatz. Es war in den letzten Monaten eine verstärkte Frequentierung der Gebäude der TU und vor allem der darin befindlichen, öffentlich zugänglichen Toiletteanlagen festzustellen. Die dadurch entstandene Verschmutzung der Toiletten, vor allem aber die immer größer werdende Anzahl an dort aufgefundenen, gebrauchten Spritzen veranlaßte schließlich das Reinigungspersonal zu massiven Protesten. Gegen eine Situation, die überhaupt erst durch das Fehlen jeder Infrastruktur und Sozialkonzepte für die „Szene Karlsplatz“ zustande kommen konnte.

In der nunmehr entstandenen Diskussion, die bis in die höchsten Gremien hineinreicht, wurde eine einheitliche Vorgangsweise der TU Wien vereinbart. In direkter Zusammenarbeit von Rektor, Dekanen, ProfessorInnen und AssistentInnen,

sonstigen Bediensteten und Studierenden wird die TU alle geeigneten Maßnahmen ergreifen, um auf die Situation am Karlsplatz verstärkt aufmerksam zu machen, und eine breit geführte Diskussion in Gang zu setzen.

Es geht hierbei nicht um die Vertreibung oder Zwangsmaßnahmen gegenüber drogenabhängigen Jugendlichen und Erwachsenen. Anstelle der polemischen und teilweise sehr zögernd geführten Diskussion um diese Problematik wünschen wir uns konstruktive Aufklärungsarbeit über diesen gesellschaftlichen Randbereich. Nur eine fundierte, mit Fachleuten geführte Auseinandersetzung mit diesem Thema kann konstruktiv und zielführend sein. Jede Art von unsäglichem Information oder gar gezielte Fehlinformation von Bürgern ist in diesem Zusammenhang schärfstens zu verurteilen.

Als wichtigste Maßnahmen zur Entspannung der Situation fordern wir von allen verantwortlichen Bezirks-, Stadt-, Landes- und Bundespolitikern:

- den Anfang einer breit geführten öffentlichen Diskussion zur Drogenproblematik.
- die Auseinandersetzung mit dem sozialen Umfeld, das als eine Ursache für den Drogenkonsum zu werten ist.

- verstärkte Aufklärung in den Pflichtschulen
- die effektive Beratung und Betreuung von Drogenabhängigen durch Sozialarbeiter und Mediziner (allein durch mehr Hygiene könnten Krankheiten und Todesfälle vermieden werden).
- freie Abgabe von Spritzen in Apotheken und Aufstellung von Automaten zur Entnahme von Spritzen in ganz Österreich.
- damit verbunden genügend Möglichkeiten zur Entsorgung von gebrauchten Spritzen, um die Gefahr der Ansteckung von Unbeteiligten auszuschalten.
- das Anbieten von genügend Therapie- und Entzugsmöglichkeiten, die auf die Bedürfnisse von Drogenabhängigen ausgerichtet sind.
- die Bereitstellung von menschenwürdigen Wohn- und Lebensmöglichkeiten für Drogenabhängige.
- die Schaffung mobiler Betreuungseinrichtungen am Karlsplatz.
- s.g. „niederschwellige“ Einrichtungen in mehreren Bezirken.
- die sofortige Realisierung des Projekts „Ganslwirt“ als eine erste Maßnahme.

Die Beteiligung der TU Wien in der Drogendiskussion erstreckt sich jedoch nicht nur auf Forderungen an die zuständigen Politiker. So wurde von Mitgliedern der TU ein Personenkomitee gegründet, das sich zur Aufgabe gemacht hat, sowohl Anteil an einer öffentlich geführten Auseinandersetzung mit dem Thema Drogenkonsum zu nehmen, als auch direkte Hilfeleistung für die Betroffenen zu ermöglichen. Dies wird ausschließlich durch persönliches, privates Engagement der Mitglieder des Komitees sichergestellt.

Wir hoffen, daß dieses Beispiel einer Herangehensweise an die Drogenproblematik Schule macht. Weiters steht zu hoffen, daß die zuständigen Politiker, denen wir unsere Forderungen hiermit zur Kenntnis bringen, nicht in altbewährter Weise populistische Maßnahmen einer sozialen Hilfestellung vorziehen. Es darf keine Verdrängungspolitik auf dem Rücken der sozial Schwächsten betrieben werden. Eine Politik, die bewußt Tote und Totkranke in Kauf nimmt.

Diese Stellungnahme wurde unterzeichnet von: Rektor O.Prof. Dr.F.Moser (f.d. Univ. Profs), Univ.Ass. Dr.P.Mohn (f.d. Univ. Dozenten), Univ.Lektor H.Grabner (f.d. sonstig Bediensteten), Brigitte Ratzler (f.d.HTU).



BERICHT VON DER GRÜNDUNG DES PERSONEN- KOMITEES

Nachdem sich die Universitätsdirektion in Person des Herren Schranz recht einfach, aber unelegant durch Postierung einiger Helwacht-Bullen vor den Toren des Freihauses und des Hauptgebäudes aus der Affaire gezogen hatte, sich sozusagen für nicht zuständig erklärt hat (und das zieht ja in Österreich bekanntlich gut), gab es für Angehörige der TU nur noch wenig Möglichkeiten, innerhalb der Universitätsstrukturen etwas zur Entspannung der Situation auf dem Karlsplatz und im Resselpark zu tun. Daher traf auf Einladung der Hochschülerschaft am 17. Mai 1990 eine ungewöhnliche Gesellschaft von Angehörigen dieser Universität zusammen, um als Personenkomitee TU-unabhängig in dieser Sache aktiv werden zu können. Ungewöhnlich deshalb, da sowohl Angehörige des Mittelbaus und der Professorenkurie wie auch der Verwaltung und der StudentInnen daran teilnahmen.

Es ging in dieser ersten Sitzung einmal darum, die Standpunkte zu orten und zu versuchen, gemeinsame Anknüpfungspunkte zu Aktionen zu finden, was in dieser in jeder Hinsicht sehr unterschiedlichen Gruppe erst einmal sehr schwierig aussah.

Ausgangspunkte und Diskussionsbeiträge waren

► der Unmut (nicht nur) der anwesenden StudentInnen wegen der von „Rambo“ Schranz verhängten

Zutrittsbeschränkungen für Personen, die nicht normgerecht aussehen und keinen Studentenausweis vorweisen können.

Rektor Moser stellte sich inhaltlich hinter die Maßnahmen von Direktor Schranz. Die Ansicht, die TU wäre nicht zuständig, wurde in der weiteren Diskussion vehement der Boden entzogen. Die TU ist Teil einer Gesellschaft, die zur Gänze (und nicht in zuordenbaren Teilen) für solche Entwicklungen verantwortlich ist und daher auch „zuständig“. Allerdings blieb die Unklarheit, ob der TU gewidmete Gelder für Massnahmen verwendet werden dürfen.

► die Mehrbelastung des Reinigungspersonals wegen der den Karlsplatz-Kindern zugeschobenen starken Verschmutzung der Toiletten im Freihaus.

Dieser Punkt blieb ungelöst. Klar wurde jedoch, daß diese Verschmutzung sicherlich nicht mutwillig verursacht wurde, sondern z.T. auf unzureichende Möglichkeiten zur Entsorgung (etwa der gebrauchten Spritzen) zurückzuführen ist. Da jedoch Übereinstimmung bestand, daß die Benutzung der TU-Klos nicht der Weisheit letzter Schluß sein kann, ist dieses Problem temporär.

► die Angst vor weiteren Drogentoten im Bereich der TU.

LITERATUR LISTE

Sobald eine Möglichkeit für die Abhängigen besteht, auf Wasch- Schlaf- und Ruhegelegenheiten außerhalb der TU Zugang zu haben, wird auch dieses Problem entschärft.

- ▶ die Berührungsängste vieler Anwesender

Sozialarbeiter sprechen im Zusammenhang mit dieser Zur-Schau-Stellung der Abhängigen von einem stummen Hilferuf. Wer nicht will, daß man ihm/ihr hilft, der nimmt das Zeug nicht am Karlsplatz, sondern irgendwo, wo er/sie Ruhe hat. Da aber konkret noch kaum jemand angeschnorrt oder gar belästigt worden war, kam dieser Punkt erst mal kaum auf Tapet.

- ▶ die Empörung über Praktiken der Pharmaindustrie (manche Medikamente werden nach Angaben eines Anwesenden nur zu 7% für den Einsatz in Spitälern und Pflegeheimen und zu 93% für den Schwarzmarkt produziert)

Einige der Anwesenden, unter ihnen unser Dekan Prof. Skalitzy, zeigten sich bestürzt über diese Informationen. Sie sagten zu, ihre Stellung in der Öffentlichkeit als Universitätsprofessoren für eine Kampagne bzw. für Öffentlichkeitsarbeit einzusetzen, sollten ihnen darüber schlüssige Unterlagen vorliegen.

- ▶ die Angst vor einem Übergreifen des Drogenkonsums auf TU-Angehörige.

Dieser Punkt war in relativ kurzer Zeit behandelt. Da es sich bei der Karlsplatz-Szene nicht um eine Einsteiger-Szene, sondern um die Endstation handelt, besteht hier nur wenig Gefahr.

- ▶ die Empörung über die Machtlosigkeit des Gesetzgebers gegenüber dem (legalen!) Handel mit Bapituraten im Bereich des Karlsplatz/Resselpark.

Da dem Handel mit diesem Zeug kaum Beschränkungen auferlegt sind, ist es für fast jeden möglich, das Zeug weiterzuver-

kaufen. Die Vorschläge zur Lösung dieses Dilemmas gingen von Öffentlichkeitsarbeit über Druck auf Politiker bis zur Selbstjustiz bei Nacht und Nebel.

Die Ansatzpunkte möglicher Aktivitäten des Personenkommittes stellten sich folgendermaßen dar:

- ▶ Öffentlichkeitsarbeit: Das Problem ist sicherlich kein Problem der TU allein, also gilt es, Öffentlichkeit und Politiker zu mobilisieren und zu Handlungen zu zwingen. Über diesen Punkt herrschte Einstimmigkeit.
- ▶ Finanzielle bzw. materielle Unterstützung: über Sammlungen und Patenschaft (für einzelne Abhängige) könnten Möglichkeiten entstehen, materielle Hilfe in Form von Essensbons (Mensafreiplätze!), Wäschereibenützung und auch zum geregelten Drogenkauf (um die Beschaffungsprostitution und -kriminalität einzudämmen) zur Verfügung zu stellen. Es kam auch die Idee auf, eine/n SozialarbeiterIn aus diesen Mitteln zu finanzieren.
- ▶ Wasch- bzw. Ruhemöglichkeiten. Dieses Problem kann von der TU nicht unmittelbar gelöst werden. Lösung ist aber in Sicht. Alle Anwesenden waren einig, daß das Projekt Ganslwirt gut und unterstützenswert ist. Es fanden sich sogar einige Leute, die ein weiteres solches Projekt betreuen würden, falls es Räume dafür gibt.

„Wenn wir gegen die Dealer keine Handhabe haben, dann müssen wir halt einmal einen schnappen und verprügeln“.

Für die nächste Sitzung (Termin noch unbekannt) wurde vereinbart, daß ein/e SozialarbeiterIn eingeladen werden soll, um konkrete Auskunft über Handlungsmöglichkeiten zu geben. Denn der wohlgemeinte Ausspruch von Dekan Skalitzy („Wenn wir gegen die Dealer keine Handhabe haben, dann müssen wir halt einmal einen schnappen und verprügeln“) kann wohl nur Pointe, nicht jedoch Lösung des Problems sein.

Purige

- ▶ „Das Ritual der Drogen“, Thomas S. Szasz, Fischer Verlag.

- ▶ „Die betäubte Gesellschaft“, Dieter Korczak (Hg.), Fischer Verlag.

- ▶ „Rausch und Realität“, Gisela Völger und Karin von Welck (Hg.), Rowohlt Verlag.

- ▶ „Weltmacht Droge“, Spiegelserie 1988.

- ▶ „Drogen – Totaler Krieg oder Freigabe“, Wochenpresse – Sep. 1989.

- ▶ Spiegel Nr. 21, 1990.

- ▶ HTU – Info Nr. 7/1990.

- ▶ Artikel aus diversen Tageszeitungen.

- ▶ Informationen über Drogenpolitik der Niederlande, Ministerium für Gemeinschaft, Gesundheit und Kultur in den Niederlande.

- ▶ Vielen Dank an Frau Carst von der Niederländischen Botschaft in Wien.

- ▶ Vielen, vielen Dank lieber Andreas dafür, daß Du uns mit Material und informativen Gesprächen unterstützt hat.



DIE BIOGRAFIE DER SUCHT

History teaches us nothing!

Rauschmittel gibt es seit Menschengedenken, und jede Kultur hat ihre eigenen, mehr oder weniger in das soziale Gefüge eingebundenen Drogen. So haben sich im Laufe der Entwicklungsgeschichte die „Koka-Indianer“ das Kokain, die Asiaten das Opium, die Orientalen das Haschisch und die Europäer – oder die weiße Rasse schlechthin – den Alkohol zu eigen gemacht, um nur einige Beispiele zu nennen. Dieser Artikel versucht anhand von drei Abschnitten einen kurzen sozialhistorischen Überblick über den Umgang mit Drogen zu geben. Gleichzeitig wird versucht zu zeigen, daß zur langen Vorbereitungsgeschichte des Drogenkonsums auch wirtschaftliche, fiskalische und politische Kräfte gehören, ganz abgesehen von den großen internationalen Verbrechersyndikaten.

Drogenkonsum und Politik in Europa von der Antike bis ins 17. Jahrhundert

In der Antike scheint im Mittelmeerbecken weder Opium noch Cannabis konsumiert worden sein, obwohl wir es seit dem 11. oder 12. Jahrhundert westlich von Indien und Persien bis nach Ägypten finden. Das europäische Altertum und Mittelalter beschränkte sich in seinem Drogenkonsum auf Wein und Bier. Zahlreiche Dokumente bestätigen, daß das Trinken in der Antike besonders bei den Ober- und Mittelklassen weit verbreitet war. Eine neue Welle des Alkoholismus entwickelte sich in den germanischen Ländern nördlich der Alpen, wo insbesondere Luther gegen die allgemeine Sauflust wettete. Vorläufig hielt man sich auch hier an Wein und Bier. Dazu kam aber bald der Genuß von destilliertem Alkohol, was den Alkoholgehalt der Getränke um ein Vielfaches erhöhte. Solche

Getränke, die seit dem 13. Jh. aus der islamischen Welt nach Europa eindrangen, wurden erst von Mönchen und Apothekern in beschränktem Maße zu medizinischen Zwecken und überdies zu teuren Preisen hergestellt. So erlebten wir in Europa ab Ende des 15. Jh. und Anfang des 16. Jh. eine neuerliche Ausbreitung der Droge Alkohol, diesmal aber mit „harten“ Getränken; Trinken war eine der wichtigsten Freizeitbeschäftigungen, und keine Ermahnung, kein Verbot konnte den Konsum ernsthaft vermindern. Damit begegnen wir einer Gesetzmäßigkeit, die für alle Drogen typisch ist, nämlich eine gegenüber anderen Innovationen außerordentlich beschleunigte Diffusion, insbesondere wenn man die damaligen primitiven Verkehrs- und Transportmöglichkeiten bedenkt.

Der beträchtlich erhöhten Nachfrage nach hochalkoholhaltigen Getränken folgt natürlich sofort die mehr und mehr kommerzialisierte Produktion. Dabei kommt es nicht darauf an, ob eine Kultur mehr traditional oder mehr progressiv ist, um solche Innovationen schnell aufzunehmen. Bei Genußgütern, die die Phantasie anregen und die darum leicht einen ausgesprochenen modischen Charakter annehmen, erfolgt die Übernahme geradezu blitzartig selbst über große Distanzen und das trotz aller Verbote und trotz der Notwendigkeit, diese Güter eventuell von weit her zu importieren.

Das bewahrheitet sich insbesondere bei der Verbreitung von Tabak und Kaffee zwischen dem Ende des 16. Jh. und der Mitte des 17. Jh. In der islamischen Welt (Jemen, Äthiopien) wurde der Kaffee zu einem Ersatz für den Alkohol, der durch den Koran verboten war; der Tabak wurde ebenfalls als psychoaktive Substanz übernommen. Hierbei wurde ein anderer Zug des

Drogengenusses sichtbar, der bis heute verfolgt werden kann, daß er nämlich – wie übrigens auch der Alkoholgenuß – einen symbolischen Wert annimmt, der bestimmten politischen, künstlerischen, intellektuellen Gruppen als Integrationsmittel dient. Die Kaffeehäuser und Raucherzirkel galten seit jeher als Versammlungsorte für Abweichler und Radikale, wie heute die Haschjünger. Der Kaffee wurde einmal als „das radikalste Getränk der Welt“ bezeichnet, und sein Weg war geradezu identisch mit dem Aufstieg von Liberalismus und Demokratie.

Das führt allmählich zu einem Wandel der öffentlichen Reaktion gegenüber bestimmten Drogen, nachdem mehrere Staaten gleichzeitig erkannten, daß man aus der Drogensucht des Menschen ein Geschäft machen kann. Da die Versuche zur Eindämmung der Suchten immer wieder gescheitert sind, versuchten sowohl die Könige Jakob I. und sein Sohn Karl I. von England, die als Tabakgegner berühmt waren, als auch Kardinal Richelieu und König Ludwig XIV. von Frankreich, auf dem Besteuerungswege aus dieser Situation Kapital zu schlagen. Im gleichen Jahr 1604, als er seine Kampfschrift gegen den Tabak veröffentlichte, erhöhte Jakob I. die Importsteuer um 4000%. Das hinderte das Rauschvergnügen keineswegs; im Gegenteil: Der Import stieg, der illegale Schmuggel auch, und die Zahl der Tabakläden in London nahm ständig zu. Auch die Kaffeeschnüffler Friedrichs des Großen vermochten den Konsum von Kaffee im alten Preußen nicht einzudämmen. Schließlich wuchs daraus ein einträgliches Monopol der Krone, was wieder einmal bewies, wie der Staat aus den Lasten der Menschen ein Geschäft machen kann. Ganz ähnlich verliefen die Dinge in Frankreich, wo Ludwig XIV., der selber den Tabak-

genuß haßte, schließlich seine Kriege unter anderem mit dem Tabakmonopol finanzierte. So wird schließlich, der Drogenkonsum stabilisiert durch jene Instanzen, die ihn unter Kontrolle bekommen wollten. Im übrigen war die Diskussion über Alkohol, Kaffee und Tabakgenuß, wenig später über Tee und Kakao, damals in keiner Weise schwächer als heute angesichts anderer psychoaktiver Drogen (wie Opium, Morphin, Heroin, Kokain und LSD).

Australien - eine drogenabhängige Gesellschaft entsteht

In Australien wurde der Drogenmißbrauch buchstäblich durch Ärzte und Apotheker gefördert, ohne daß die Behörden jemals eingegriffen hätten, als es noch Zeit war. Da bei den Einwandern das Vorurteil bestand, daß das Australische Klima außerordentlich ungesund sei, fanden seit dem letzten Drittel des 19. Jh. sogenannte „Patentmedizinen“, die zu einem großen Teil aus Alkohol bestanden, reißenden Absatz. So lag in der Kolonie der Konsum an Medikamenten dieser Art statistisch hoch über dem in Mutterland. Der koloniale Medikamentenhandel erwies sich somit als entscheidendes Mittel in der Erzeugung einer drogensüchtigen Bevölkerung, speziell nachdem man allgemein begonnen hatte, aus Opium Morphin zu gewinnen und um 1850 die Injektionspritze erfunden worden war. Die deutsche Firma E. Merck in Darmstadt begann 1827 mit der Massenproduktion von Morphin, die Firma Bayer von Eberfeld 1858 mit der von Diacetyl Morphin unter dem Namen Heroin. Kokain hatte seine eigene Geschichte, bis wiederum 1862 die Firma Merck mit der Massenproduktion begann. Alle diese Drogen wurden nun in Australien unter den verschiedensten Markennamen und mit Hilfe größter Werbekampagnen, zusätzlich mit ärztlichen Empfehlungen als Patentmedizinen angepriesen. So war eine allgemeine Drogensucht in Australien in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eine echte Volkskrankheit geworden, die von den oberen über

die mittleren zu den unteren Klassen schließlich bis zu den Prostituierten von Sydney und Melbourne absank und auch die Slums ergriff. Als die australische Regierung schließlich Abhilfe schaffen wollte, ging der Drogenhandel auf die internationalen Verbrechersyndikate über. Das hinderte aber nicht, daß die großen pharmazeutischen Firmen der Welt mit immer neuen suchterzeugenden Präparaten wie Schlafmittel, Tranquilizer (Librium und Valium) und Aufputzmittel aller Art aufrateten. Präparate, die nicht nur in Australien sondern weltweit in Umlauf kamen. Unter anderem wurden diese Präparate durch die deutsche Heeresleitung im Zweiten Weltkrieg als Weckamine an die kämpfende Truppe verteilt.

Die Handelsware Opium - eine historische Ironie

Während Marihuana und Kokain bis in unser Jahrhundert in der westlichen Medizin kaum verwendet wurden, gehören Opium und seine Derivate seit langem zu den geschätzten Drogen europäischer Arzneibücher. Von ihrer Heimat im östlichen Mittelmeerraum verbreitete sich die Mohnkapsel nach Indien und China und folgte so den Wegen arabischer Eroberer und Händler, die schon früh ihre medizinischen Vorteile schätzen gelernt hatten. Im 10. Jh. waren Opiumanbau und -gebrauch über weite Gebiete Europas und Asiens verbreitet. Die größten Anbaugelände für Opium liegen heute in einer über 7000 km langen Gebirgszone am Südrand der asiatischen Landmasse - von der anatolischen Hochebene in der Türkei über den Norden des indischen Subkontinents bis hin zu den Bergen Nord-Thailands im Osten.

Opium, Morphin und Heroin sind Derivate der gleichen Pflanze, des Schlafmohns. Bereits in der Antike ritzte man die Kapseln ein, um den Saft zu gewinnen. Die griechischen Ärzte experimentierten mit den schmerzstillenden Eigenschaften des Opiums. Aber es blieb dem Genius des

britischen Handels vorbehalten, seinen Handelswert zu entdecken. Britische Handelskapitäne, die im 18. Jh. asiatische Gewässer durchkreuzten, fanden es einträglicher, bengalisches Opium gegen Tee und Seide aus China einzutauschen, als dafür mit Silber zu bezahlen. Nachdem der Opiumhandel immer mehr zur tragenden Säule des britischen Asienhandels geworden war, führte England zwei siegreiche Opiumkriege (1842 und 1858), um China zu zwingen, die Einfuhr von Opium zu legalisieren. In den folgenden Jahrzehnten erzielten alle europäischen Kolonialregierungen in Südostasien den Großteil ihrer Steuernahmen aus dem Verkauf indischen Opiums über lizenzierte Opiumhöhlen an chinesische Einwanderer und an die einheimische Bevölkerung.

Die Droge Opium hat alterwürdige Vorgänger, Morphin und Heroin dagegen sind Produkt der modernen pharmazeutischen Industrie. Erstmals 1805 gelang es der Forschung, Morphin, den chemisch aktivsten Bestandteil der Pflanze, aus Rohopium zu gewinnen. Die Darmstädter Firma E. Merck & Co. begann 1827 die kommerzielle Herstellung des Morphiums, aber erst die Erfindung der subkutanen Injektion um 1860 machte es als Betäubungsmittel populär. Bis in die siebziger Jahre des 19. Jh. gab es kaum Mißbrauch von Opium und Morphin. Erst ab diesem Zeitpunkt begann die rasch zunehmende industrielle Herstellung von rezeptfreien Medikamenten und der schnell wachsende Markt dieser Opiate enthaltenden Präparate den Massenkonsum in Europa, Amerika und Australien einzuleiten.

Obwohl die suchterzeugenden Eigenschaften des Opiums schon im 18. Jh. von vielen Ärzten bemerkt wurden, erkannte die westliche Medizin das Problem der Sucht erst im späten 19. Jh. Die frühe medizinische Nutzung des Morphiums brachte seine suchterzeugende Eigenschaft ins allgemeine ärztliche Bewußtsein, und deshalb forschte man nach einem nicht suchterzeugenden Ersatz. 1874

verband ein englischer Chemiker Morphin mit Essigsäure und stellte erstmals Diacetyl-Morphin her. 1898 begann Bayer unter dem Handelsnamen „Heroin“ die Massenproduktion der Droge. Mit der gleichen Marktstrategie, mit der später das „Aspirin“, ein anderes von Bayer registriertes Produkt, vermarktet wurde, startete die Firma eine internationale Werbekampagne, die das neue Produkt Heroin als nicht suchtbildendes Allheilmittel gegen Erkrankungen der Atemwege bei Kindern anpries. 1906 genehmigte die American Medical Association den Gebrauch des Heroins „anstelle von Morphin bei verschiedenen schmerzhaften Infektionen“, die europäischen Länder und Australien folgten. Weil die Medikamente dieser Zeit meist sehr hohe Dosen Narkotika enthielten, wurde die Sucht nach legalen massenproduzierten Drogen eine bemerkenswerte Begleiterscheinung im Leben der westlichen Welt des ausgehenden 19. Jh.

Mehr als ein Jahrzehnt benötigte die medizinische Forschung um herauszufinden, daß Heroin weitaus suchterzeugender ist als Morphin, und weitere zehn Jahre vergingen, bis dieses Wissen in die Gesetze zur Kontrolle narkotischer Drogen einfließen konnte. Die Genfer Konvention des Völkerbundes sah 1925 die strikte Kontrolle über Herstellung und Export von Heroin vor. Bereits 1930 war Heroin im Westen fast überall verboten.

Demnach lassen sich die vergangenen hundert Jahre hochgradigen Opiatmißbrauchs, der mit der Massenproduktion von Narkotika um 1870 begann, in zwei Perioden teilen: Ein halbes Jahrhundert wird der legale Drogenmißbrauch von Konzernen und Apotheken genährt; seit den zwanziger Jahren wird das illegale Heroingeschäft von kriminellen Syndikaten gesteuert, die zu dieser Zeit in den Vereinigten Staaten, in Australien, Frankreich und China entstanden.

Das weltweite Verbot von Narkotika machte sich in Ost- und Südostasien

erst nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bemerkbar. Als Antwort auf einheimischen und internationalen Druck begannen die Kolonien und Staaten dieser Region den Import und Verkauf von Opium zu verbieten. Außer in China führte das Verbot jedoch nirgends zum Verschwinden des Opiums. Kriminelle Syndikate übernahmen den Import und Vertrieb von den Inhabern staatlicher Konzessionen; und die Gewinne aus dem Opium wanderten aus den Büchern für die Finanzämter in die schwarzen Fonds korrupter Militärs und Politiker, die den Handel



schützten. In den späten fünfziger Jahren reichte der Opiumhandel Südostasiens zur regionalen Selbstversorgung. Wenn auch asiatisches Morphin von korschen Syndikaten in Saigon nach Marseille gebracht wurde und in Hongkong hergestelltes Heroin in den Vereinigten Staaten auftauchte, war Südostasien bis dahin noch kein bedeutender Faktor auf dem Weltmarkt für Heroin.

Den endgültigen Eintritt Südostasiens in den weltweiten Heroinhandel bewirkten wiederum äußere Einflüsse, diesmal der Vietnam-Krieg. 1968 war eine halbe Million amerikanischer Soldaten in Süd-Vietnam unter Bedingungen stationiert, die der Disziplin und der Moral nicht gerade förderlich waren. Die chinesischen Syndikate erschloßen diesen Markt und erreichten eine Abhängigkeit bei schätzungsweise 10 bis 15% der amerikanischen Soldaten.

Als die US-Regierung den Truppenrückzug ab 1970 beschleunigte, entschieden sich die Syndikate den amerikanischen Truppen nach Hause zu folgen. Die Gelegenheit den amerikanischen Markt zu erobern, gab ihnen ausgerechnet die Regierung Nixons mit ihrer Kampagne

„Krieg dem Rauschgift“, der 1971 erklärt wurde. Sie begann diesen Krieg an fremden Ufern: Der türkischen Regierung wurden 35 Millionen Dollar aufgedrängt, um die Opiumernte Anatoliens zu vernichten, die teilweise in die illegalen Heroinfabriken von Marseille gebracht wurde. Es bestand die Vermutung, daß Marseille 80% des amerikanischen Heroins liefere. Obwohl das türkische Opiumverbot nur zwei Jahre dauerte, war die Pause doch lang genug um eine größere Reorganisation der Syndikate und des illegalen weltweiten Heroinhandels nach sich zu ziehen.

Aber die Schwemme asiatischen Heroins blieb aus, und das Streben südosastatischer Syndikate nach Vorherrschaft auf Amerikas illegalem Rauschmittelmarkt war erfolglos. Eine sinnvolle Erklärung hierfür mag sein, daß die Operationen des Ministeriums für Drogenbekämpfung (Drug Enforcement Administration, abgekürzt DEA) die Verbindung zwischen den Exporteuren der Syndikate und amerikanischen Einkäufern in Südostasien störten.

Unfähig, auf den florierenden amerikanischen Markt vorzudringen, entschieden sich die asiatischen Syndikate, die Nachfrage auf zwei neuen Märkten zu generieren, die Mitte der siebziger Jahre noch wenig Narkotikakonsumenten kannten: Europa und Australien. Über Amsterdams chinesische Kolonie und über Australien, die in Bangkok lebten, verschifften sie ab Mitte der siebziger Jahre große Mengen Rauschmittel nach Europa und Australien. Die Beschlagnahme asiatischen Heroins in Europa stieg von 10kg 1972 auf 535 kg 1976. Heroinsucht, die früher als „amerikanisches Problem“ angesehen wurde, begann sich schnell über Europa auszubreiten. Ähnlich erging es dem australischen Kontinent.

Südostasiatisches Heroin dominierte, trotz steigender Opium-Exporte aus dem nahen Osten nach Europa in den späten siebziger Jahren, den illegalen Drogenmarkt während des ganzen Jahrzehnts.

Trotz gemeinsamer Anstrengungen der Vereinten Nationen, der DEA und australischer und europäischer Rauschgift-Agenten in den siebziger Jahren blieb die Produktionskapazität des Goldenen Dreiecks ungeschwächt. Heute bedeutet der Heroinhandel in Südostasien einen wichtigen Industriezweig, er bildet ein Netz von Millionen Opiumbauern, chinesisches Übersekapital in Milliardenhöhe und systematische Korruption bei den höchsten Stellen des Militärs und der Polizei Thailands.

Die Ereignisse der siebziger Jahre bestätigen, was wir als das Gesetz des internationalen Heroinhandels bezeichnen können: „Ein etablierter Heroinmarkt wird neue Quellen finden, wenn ihm der Zugang zu den alten abgeschnitten wird, und ein etablierter Heroinexporteur wird neue Märkte aufsuchen, wenn ihm die alten verbart werden.“ Daß dieses Gesetz nicht verstanden wurde, verwandelte die anfänglichen „Erfolge“ in große Mißerfolge mit katastrophalen Auswirkungen für Europa und Australien. Die Erfahrungen der DEA sowie anderer Institutionen der Drogenbekämpfung, waren die des Zauberlehrlings – jede Annäherung an eine Lösung hat das Problem nur verschlimmert.

Schlußbemerkungen

Mir ging es darum in diesem Artikel zu zeigen, wie die kulturelle Entwicklung aber auch und vor allem wirtschaftliche Interessen dazu beigetragen haben, daß Rauschmittel heutzutage ein nicht zu unterschätzendes Problem darstellen. Es fiel mir sehr schwer aus den Unmengen von Material eine natürlich unkomplett gebliebene Auswahl zu treffen. Allerdings würde eine komplexere Auseinandersetzung mit diesem Thema den Rahmen dieses Schwerpunktes sprengen.



Guy

DROGEN- LEXIKON

► **Cannabis:** Hanf, die Basis für Haschisch und Mariuana.

Mit 66% sind Cannabisprodukte die häufigsten Rauschgifte in Österreich.

► **Crack:** Mischung aus Kokain und Backpulver.

Crack wird in Spezialpfeifen aufgekocht und die Dämpfe eingeatmet, führt rasch zur Sucht.

► **Haschtschb:** Harz der Cannabispflanze.

Es wird mit Tabak gemischt und als Haschischzigarette (Joint) geraucht.

► **Heroin:** Destillat aus Opium, chemisch dem Morphinum verwandt.

Das (je nach Qualität) braune bis weiße Pulver wird mit Ascorbinsäure aufgekocht und dann gespritzt. Von allen Suchtgiften ist bei Heroin der Entzug mit Abstand am schwersten. Rund 23% der Drogenabhängigen verwenden Heroin oder andere Opiate.

► **Kokain:** Alkaloid, das aus den Blättern des südamerikanischen Coca-Strauches gewonnen wird. Das weiße Pulver (Schnee) wird meist geschnupft. Rund 7% leiden an Kokain-Sucht.

► **LSD:** Lysergäureäthylamid ist ein synthetisches Produkt aus dem Mutterkorn. LSD wird zu meist in Form von kleinen, tablettenähnlichen Trips geschluckt. Längerer Mißbrauch kann zu schizophreieähnlicher Geisteskrankheit führen.

► **Maribuana:** Getrocknete Blätter und Blüten der Cannabispflanze, die geschnitten und mit Tabak vermischt geraucht werden.

► **Metbadon:** Schmerzstillendes Mittel, das eine morphinähnliche Wirkung erzeugt, aber viel langsamer zur Sucht führt und daher bei Entzugskuren von Heroinsüchtigen eingesetzt wird.

► **Opium:** Getrockneter Saft des Schlafmohns.

Opium ist der Rohstoff für Heroin, wird aber auch selbst als Suchtmittel gebraucht.



DROGENPOLITIK - ZWISCHEN TOTALEM KRIEG UND FREIGABE

Derzeit toben in allen Ländern heftige Auseinandersetzungen über verschiedenste Maßnahmen, um dem Drogenproblem effizient begegnen zu können. Dabei wird sowohl die Angebotseite als auch die Konsumentenseite beachtet.

In Amerika ist jetzt wohl eine der härtesten Gangarten gewählt worden. In den Siebzigerjahren wurden Drogen, vor allem Marihuana, vorwiegend akzeptiert. 1977 befand eine von Jimmy Carter eingesetzte Expertengruppe, Marihuana stelle anscheinend „keine sofortige Gefährdung der Gesundheit dar, solange es unregelmäßig oder in kleinen Mengen genommen wird“. Solche Toleranz ging erst zurück, als Elterngruppen, allen voran die 1980 gegründete National Federation of Parents for Drug-Free Youth, massiv auf eine härtere Politik drängten. Mit Ronald Reagan konnte diese beginnen; den „Krieg gegen Drogen“ aber konnte er ebensowenig gewinnen wie seine Vorgänger. Im Gegenteil: Niemals zuvor waren die Auswirkungen der Drogenepidemie so bedrohlich für die amerikanische Gesellschaft wie nach 8 Jahren Reagan. Besonders in den Slums der amerikanischen Großstädte, wo eine

„Unterklasse von vielen Millionen Schwarzen und Latinos ohne Hoffnung auf sozialen Aufstieg lebt“, hat die Drogenwelle schon längst die zerbrechlichen und unsozialen Strukturen überwältigt. In den Gettos fehlen die Faktoren, die anderswo ein „Gegengewicht zum Drogengebrauch bilden“: Arbeitsplätze, Wohnplätze, sozialer Status in der Gesellschaft.

Mit einem Acht-Milliarden-Budget und einer eigenen, direkt im Weißen Haus angesiedelten Stabstelle hat Amerika dem Drogenclan erneut den Krieg erklärt. Es ist zwar nicht die erste derartige Kriegserklärung, aber mit Abstand die härteste. Präsident Georg Bush verkündet offen, Dealer mit dem Tod auf dem elektrischen Stuhl bestrafen zu wollen. Dazu werden ungewöhnliche und harte Strafen für die Abhängigen gefordert. Seit kurzer Zeit sind Drogenentzugsanstalten entstanden, die Drogenabhängige unter harter körperlichen Anwendung und militärischem Drill von ihrer Sucht zu „befreien“. Ein großer Teil der in diesen abgeschlossenen Lagern, militärischen Trainingslagern ähnlich, „betreuten Insassen“ geben vorzeitig auf und müssen in die Gefängnisse zurück. Laut Aussagen der „Betreuer“ werden diejenigen, die das gesamte Programm überstehen, meist nicht mehr rückfällig; allerdings kann diese Feststellung nicht unkritisch übernommen werden, da derartige Zentren erst seit kurzem existieren. Der prozentuale Anteil der Abbrecher ist sehr hoch.

Diese Maßnahmen zur Drogentherapie sind vergleichbar mit den harten Maßnahmen in malaysischen Entziehungsanstalten, in welchen die „Cold turkey“-Methode, abrupter und totaler Entzug ohne Medikamente, ohne begleitenden medizinischen oder psychiatrischen Beistand angewendet wird. Nachdem der Patient nach einiger Zeit keine körperlichen Entzugserscheinungen mehr hat, dauert diese „Therapie“ noch Monate mit harter körperlicher Arbeit an, um „den Patienten mit sinnvoller Tätigkeit (z.B. Exerzieren) an ein Leben zu gewöhnen, daß ihn stark gegen die Versuchung macht“. Die Regierung in Kuala Lumpur will aufgrund der so guten Erfahrungen in Pusat Serenti, einem der größten dieser Entziehungsanstalten, Mittel für weitere Internierungslager bereitstellen. Pusat Serenti hat eine Rückfallsquote von nur 80 Prozent!

Die USA vertreten außerdem mehr denn je die Ansicht, daß das Angebot von Drogen in den Erzeugerländern die wesentliche Ursache der nationalen Drogenprobleme seien. Folglich versucht die US-Regierung mit allen Mitteln (vor allem militärische Aktionen), Regierungen einzelner Staaten in Latein- und Mittelamerika im Kampf gegen die Drogenmafia zu unterstützen. Die USA hat mit ihrer Drogenpolitik wieder einen (offensichtlich weltweit akzeptierten) Grund gefunden, weitere Kriege führen zu können und ihren Einfluß auf diese Staaten zu verstärken. Nachdem sie bereits in Panama unter

diesem Vorwand den Staat in ihre Gewalt gebracht haben, droht nun, fünf Monate nach dieser Militäraktion, ein neuer Krieg in Lateinamerika. Allein in diesem Jahr will die Washingtoner Regierung dem Andenstaat Peru Militärhilfe im Wert von 36 Millionen US-Dollar gewähren. Amerikanische Elite-Krieger werden peruanische Soldaten ausbilden, peruanische Militärbasen im Amazonasgebiet sollen den Amerikanern als Trainingscamps dienen. (Quelle: Der Spiegel 21/1990). In Laz Paz (Bolivien) bestätigte der bolivianische Außenminister Carlos Iturralde am 17.5.1990, daß derzeit bolivianische Soldaten für den Anti-Drogenkampf ausgebildet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung hätten auch hier die USA 35 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Ob seitens der USA in dieser Frage kein politischer Druck ausgeübt wurde, wie Iturralde versicherte, und die Operation sich tatsächlich nicht gegen die Coca-Bauern richtet, wird sich in naher Zukunft herausstellen. In Peru sind z.B. mindestens 60 000 Bauernfamilien am Coca-Anbau, ihrer Existenzgrundlage, beteiligt. Ohne alternative Anbaumöglichkeiten mit finanzieller Unterstützung zu gewährleisten, bedeutet jeder Versuch der Ausrottung der Coca-Anbaugelände zwangsläufig Krieg!

In Europa treffen die harten Maßnahmen der Bush-Administration, so populär sie Politikern auch erscheinen mögen, erst recht auf Skepsis. Die jahrelange Tradition, mit medizinischen und sozialpsychologischen Maßnahmen die rücksichtslose Kriminalisierung Süchtiger zu vermeiden teilt jetzt die „Experten“ in zwei Lager: totaler Krieg oder Freigabe?

In den Niederlanden ist die in den 70-iger Jahren verfolgte Vertreibungs politik allmählich von der Überzeugung abgelöst worden, daß das Drogenproblem als gesellschaftliche Realität akzeptiert werden müsse. Für die Polizei hat dies bedeutet, daß man von der rücksichtslosen Bekämpfung der Drogenszenen dazu übergegangen ist, die Situation auf der Ebene der Konsumenten zu stabilisieren. In den Nieder-

landen existiert eine der liberalsten Drogenpolitiken Europas.

Die Drogenpolitik in den Niederlanden

Die niederländische Drogenpolitik wurde unter dem Aspekt des Gesundheitswesens entwickelt. Hauptzielsetzung dabei ist der Schutz der Volksgesundheit. Die Verantwortung für die Koordinierung der Drogenpolitik wurde daher auch dem Minister für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur übertragen. Das Drogenproblem wird von 2 Seiten angegangen: strafrechtliche Maßnahmen aufgrund des Betäubungsmittelgesetzes einerseits und Vorsorge- und Hilfeleistungsmaßnahmen andererseits.

Anders als in den meisten europäischen Ländern, wo man im Zusammenhang mit dem Drogenkonsum von „Gefahren“ spricht und dabei vor allem von der pharmakologischen Wirkung von Drogen ausgeht, verwendet man in den Niederlanden den Begriff „Risiko“. Hauptanliegen der Drogenpolitik ist es, die mit dem Drogenkonsum selbst, für seine unmittelbare Umgebung und für die Gesellschaft verbundenen Risiken auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die Risiken hängen nicht nur von der pharmakologischen Wirkung und anderen Eigenschaften der Drogen ab, sondern auch von den Beweggründen, der Gruppenzugehörigkeit der einzelnen Konsumenten und von den Bedingungen, unter denen Drogen konsumiert werden. Man hat sich in der niederländischen Drogenpolitik daher für ein realistisches und pragmatisches Konzept entschieden; man geht davon aus, daß nur kohärente, gut aufeinander abgestimmte Maßnahmen aller zuständigen Stellen dazu beitragen können, das Drogenproblem in den Griff zu bekommen. Die Abstimmung der Maßnahmen erfolgt in engem Einvernehmen der zuständigen Ministerien, insbesondere dem Ministerium für Justiz und dem Ministerium für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur, auf der Ebene der Zentralbehörde. In diesem Zusammenhang wurde bereits 1974 ein interministerieller Len-

kungsausschuß zur Koordinierung der Maßnahmen eingesetzt; seit 1982 ist dieser Ausschuß auch für die Alkohopolitik zuständig.

Die Entstehung der Gesetzgebung für Betäubungsmittel in Deutschland und in den Niederlanden weist große Ähnlichkeiten auf. Das erste Opiumgesetz beider Staaten ging auf die internationale Opiumkonvention von 1912 (Haager Abkommen) zurück, die auf starkes amerikanisches Drängen zustande kam. Das erste niederländische Opiumgesetz erging 1919, das erste deutsche 1920. Folgegesetze ergingen aufgrund der 2. Opiumkonvention (1925) in den Niederlanden im Jahr 1928 und 1929 in Deutschland. 1976 wurden neue Drogen (z.B. Amphetamine = Aufputschmittel) aufgenommen. Ein Vergleich zwischen dem niederländischen Opiumgesetz (1976) und dem deutschen Betäubungsmittelgesetz (BtMG-1981) zeigt eine sehr weitgehende Übereinstimmung in den Ausgangspunkten. Die Gesetze stellen u.a. den Drogenbesitz, den Verkauf, die Beförderung und die Herstellung von Drogen aller Art unter Strafe.

Bemerkenswerter Unterschied zeigt sich in der verschiedenen strafrechtlichen Verfolgung des Umgangs mit Hanfprodukten (Haschisch, Mariu-ahana). Das niederländische Betäubungsmittelgesetz unterscheidet hinsichtlich strafrechtlicher Sanktionen zwischen Hanfprodukten und „Drogen mit unannehmbar hohem Gefährlichkeitsgrad“ (u.a. Heroin, Kokain, LSD, Amphetamine, Haschischöl,...). Auch wird konsequent zwischen Drogenhandel und Drogenkonsum unterschieden, um die völlige Abdrängung von Drogenkonsumenten gewissermaßen in die Illegalität zu vermeiden, weil sonst Prävention und Drogenhilfe praktisch unmöglich werden. Der Handel mit all diesen Stoffen wird wesentlich schwerer bestraft als der Besitz für den Eigenbedarf.

Dem in der BRD geltenden Legalitätsprinzip in der Strafrechtspflege steht das niederländische Opportunitätsprinzip gegenüber. Die Staats-

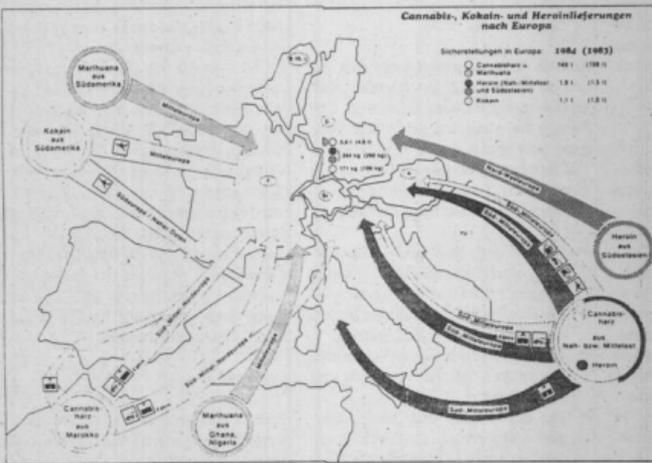
anwaltschaft kann demgemäß von der Verfolgung strafbarer Handlungen absehen, wenn wichtige gesellschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen. Wenn es um Haschisch oder Marihuana geht, stimmen die Gemeindeverwaltung, die Staatsanwaltschaft und die Polizei ihr Vorgehen im allgemeinen ab. Die Richtlinien sehen gezielte Fandungsmaßnahmen im Falle strafbarer Handlungen vor; gegen den Besitz von Drogen für den Eigenbedarf, den Verkauf und Besitz von Hanfprodukten in einer Menge von weniger als 30 Gramm wird nicht gezielt vorgegangen. In Jugendzentren und Kaffeebars verkaufen sogenannte Hausdealer im Einverständnis mit dem „tripartite Overleg“ (Bürgermeister, Staatsanwaltschaft und Polizei) Hanfprodukte in kleinen Mengen. Vorschriften für diese Hausdealer sind in offiziellen Richtlinien zum Ermittlungs- und Strafverfahren bekannt. Diese „Verkaufsstellen“ werden von den Behörden überwacht; wenn der Drogenhandel einen zu großen Umfang annimmt, wird die betreffende Einrichtung oder Kaffeebar geschlossen. Mit der Sonderbehandlung des Konsums von Hanfprodukten soll der Markt für diese Produkte von dem Markt für harte Drogen getrennt werden. Man will verhindern, daß Haschisch- und Marihuana-Konsumenten in eine Sub-

kultur abgleiten. Außerdem wird durch die Hausdealer weitgehend ausgeschlossen, daß andere die Möglichkeit erhalten, diese Drogen zu verkaufen.

Durch diese Maßnahmen wurde der Haschischhandel weitgehend von der Schwerekriminalität isoliert, Haschisch entmythologisiert und für Jugendliche weniger attraktiv. Aktuelle Trends in den Niederlanden zeigen, daß der Drogenkonsum in etwa konstant bleibt bzw. in einigen Städten sogar abnimmt und daß das Alter der Drogenkonsumenten steigt. Cannabis wird mehr oder weniger in der Öffentlichkeit akzeptiert. Die negative Haltung gegenüber dem Haschischgebrauch ist nicht mehr so stark emotionsgeladen. Der Gebrauch, im Laufe der Jahre entritualisiert und normalisiert, ist in der Regel integriert in die Freizeitgestaltung an Wochenenden. Trotz liberaler Drogenpolitik in den Niederlanden hat also der Cannabiskonsum, entgegen den Befürchtungen der Gegner, nicht zu einem epidemischen Anstieg geführt. Auch durch den leichteren Zugang zu Cannabisprodukten durch den Verkauf in Lokalen kam es nicht zu einem übermäßigen Anstieg des Hennepverbrauchs (Cannabisprodukte). Ein weiterer Befund ist der Rückgang der Subkultur der Mariu-

hana- und Haschischkonsumenten. Obwohl man nicht sagen kann, daß der Cannabiskonsum aus der Welt ist, ist der Konsum in den Niederlanden nicht größer als in Ländern mit einer repressiven Drogenpolitik. Während in der BRD regelmäßig Artikel und Bücher verschiedensten Inhalts traditionell-klinisch, therapeutisch, gesellschaftskritisch und verherrlichend erscheinen, wird in den Niederlanden seit Jahren kaum mehr Fachliteratur über Haschisch veröffentlicht. In Kontakten zwischen deutschen und niederländischen Drogenpolitikern wird man immer wieder mit dem Schockeffekt des offenen Charakters des niederländischen Cannabismarktes einerseits und dem Erstaunen über die umfassende Verfügbarkeit von Alkohol (Supermarkt, Tankstelle, Kiosk) und Zigaretten und dem Medikamentenmißbrauch in der BRD andererseits konfrontiert.

Der Hauptakzent der niederländischen Drogenpolitik liegt bei den „harten Drogen“. Hinsichtlich der Konsumenten dieser Drogen kann in den Niederlanden eine weitere Liberalisierung festgestellt werden. Man versucht, möglichst vielen Drogenabhängigen zu helfen, wobei nicht nur die Überwindung der Sucht Zweck der Hilfeleistung ist. Drogenabhängige, denen es nicht in erster Linie um die Entwöhnung geht oder die nicht in der Lage sind, sich von der Droge zu lösen, würden dann nicht von der Hilfeleistung erreicht, was zu einer größeren sozialen Isolierung und zu weitgehender Verwahrlosung führen kann. Die Drogenhilfe bezweckt weniger die Überwindung der physischen Abhängigkeit, als vielmehr die Verbesserung der körperlichen Verfassung und der Lebensumstände der Drogenabhängigen inkl. ihrer Stellung in der Gesellschaft, weiters die Wiedereingliederung in die Gesellschaft und Vorbereitungsmaßnahmen durch allgemeine Aufklärung über Drogen und Al-



kohol u.a. im Rahmen des Faches Gesundheits-erziehung an den Primar-schulen. In den meisten Städten laufen neben Methadonprogrammen auch Programme, in deren Rahmen be-nutzte Spritzen gegen sterile ein-getauscht werden. In den Nieder-landen wird davon ausgegangen, daß Aufklärung über Drogen und Alkohol sowie die Behandlung von Konsu-menten beider Gruppen zusammenge-hören. Die Aufklärung über Drogen und Alkohol darf aber in ihrer prä-ventiven Wirkung nicht überschätzt werden. Es wurde bewußt auf Auf-klärungskampagnen in den Massen-medien verzichtet, da insbesondere übertriebene Warnungen, Angstma-cheri und Sensationsmeldungen über die Schädlichkeit bestimmter Drogen fragwürdig sind und mit einer einseitigen Aufklärung nur das Gegenteil von dem, was man will, erreicht wird.

Die Beratungsstellen für Alkoholiker und Drogenabhängige sind grössten-teils private Einrichtungen, die unter bestimmten Voraussetzungen vom Staat voll finanziert werden. 75% der Kosten trägt das Ministerium für Gemeinwohl, Gesundheit und Kultur und 25% das Justizministerium, da diese Beratungs-stellen auch Bewährungshilfe leisten. Das Behandlungsangebot ist vielfältig. Das Gesamtbudget der Alkohol- und Drogenberatungsstellen betrug 1989 72 Mio. Gulden. Gesamtkosten der Be-handlung in Suchtkliniken (1989 ca. 80 Mio. Gulden) werden aus einem mit dem Allgemeinen Gesetz „Besondere Krankheitskosten“ geschaffenen Fonds gedeckt.

Gleichzeitig ist die Tendenz zur strengeren Verfolgung und Bestrafung von Dealern und Abhängigen wahrnehmbar. Auf der Konsumenten-seite sind vor allem ausländische Konsumenten, vorwiegend Deut-sche, betroffen, die aus den Nieder-landen ausgewiesen werden. In den letzten Jahren ist man dazu überge-gangen, die Akten der Ausgewie-senen den deutschen Justizbehörden zu überreichen, sodaß diese in ihrem Heimatland gemäß dem deutschen Betäubungsmittelgesetz für die in den Niederlanden begangenen Straf-taten verurteilt werden können.

BRD

Obwohl die BRD heute über ein dichts Versorgungszug für Drogengefährdeten und -abhängigen verfügt und in ihrem Programmen konsequent die Politik, Drogenkonsum als gesamtgesell-schaftliches Problem anzusehen, dessen Ursachen auch in den strukturellen Veränderungen der Gesellschaft zu be-greifen sind, werden weiterhin repres-sive Maßnahmen zur Verminderung der „Gefahr Droge“ eingesetzt. In Spanien dagegen wurde in den letzten Jahren eine Drogengesetzgebung verabschie-det, die sich stark an der niederlän-dischen Gesetzgebung orientiert.

Schwitzer Maßnahmen

Stark tobten Auseinandersetzungen bezüglich vernünftiger Drogenpolitik auch in der Schweiz. Mit seiner Dro-genszene im Stadtgarten „Planzspitz“ Zürich Nummer eins unter den Ver-brucherzentren. Daß die Kantonspol-izei wegschaut, wenn sich Drogen-abhängige öffentlich mit der Spritze versorgen, ist Bestandteil eines neuen Laissez-faire-Konzeptes, das von zwei Annahmen ausgeht:

- der Markt regelt sich von selbst, wenn man die Süchtigen in Ruhe läßt,
- die Aidsverhütung durch die Aus-gabe von sterilen Spritzen hat Vor-rang vor der eigentlichen Drogen-ekämpfung.

Ambros Uchtenhagen konnte sich mit seiner Auffassung durchsetzen, daß Verbote mehr schaden als nützen. Der Kanton Bern möchte die völlige Frei-gabe und Legalisierung verwirklichen. Die Berner verlangen eine Reform des eidgenössischen Betäubungsmittel-gesetzes in den folgenden Punkten:

- Beschaffung, Kauf und Aufbewah-rung von Drogen (inkl. „harter Drogen“) soll legalisiert werden.
- An Heroinsüchtige soll die Ersatz-droge Methadon verteilt werden.
- Cannabis-Produkte sollen unter staatlicher Kontrolle hergestellt und verkauft werden.
- Nur der Verkauf von „harten Dro-gen“ soll weiterhin strafbar bleiben. Die Gegenposition vertritt der Kan-

ton Genf. Dort wollen die Drogen-experten strengere Strafen für Dealer und Konsumenten.

Die Schweizer Fachstelle für Alkohol-probleme in Lausanne (SFA) veranstal-tete Anfang Mai 1990 ein zweitägiges Seminar mit dem Thema „Drogensucht“ im weitesten Sinn. Quintessenz: Ent-dramatisierung tut not – Entkriminali-sierung ist sinnvoll, darf aber nicht mit Legalisierung verwechselt werden. „Würde man nämlich die Drogen, d.h. insbesondere auch den Drogenhandel legalisieren – um notabene dem orga-nisierten Verbrechen die Basis zu ent-ziehen –, müßte dafür politisch ein viel zu hoher Preis bezahlt werden, denn kennzeichnend für jeden Handel sei, daß man die Gewinnzahlen steigern wolle. Man müßte also in diesen Kreis-en neue Substanzen erfinden, die in immer höherem Maße zur Abhängig-keit führen würden.“ (Quelle: Züricher Zeitung 4.5.1990). Es müsse, egal ob es sich um Tabak, Alkohol oder Drogen handle, der Abhängigkeits- und Sucht-giffaktor auf der Konsumentenseite bekämpft werden. Dialoge zwischen Drogenabhängigen und Eltern, Lehr-ern, Lehrmeister seien wichtig und gerade darum gelte es, das Hindernis der drohenden Bestrafung des verheim-lichten Konsums wegzuräumen.

Drogenfachleute aus Rotterdam be-suchten vor kurzer Zeit Zürich, um sich vor allem ein Bild über die Frage von Fixerräumen, die derzeit in den Nieder-landen nicht existieren, zu machen. Be-gründet wurde die Intoleranz seitens Rotterdam gegenüber solchen Szenen, wie jener am Platzspitz, maßgeblich mit der unterschiedlichen Wohnsitua-tion der beiden Städte. In Rotterdam verteilt sich der Drogenhandel auf viele Wohnungen, die aufgrund der billige-ren Lebenskosten von Drogenabhäng-igen bezahlt werden können. Der dort stattfindende polizeilich tolerierte Kleinhandel in einer solcherart zer-streuten Drogenszene würde in Zürich wohl noch immer auf breiten öffent-lichen Widerstand stoßen.

Österreich

Rein dem Gesetz nach ist in Öster-reich sowohl Besitz von als auch Handel mit Drogen strafbar. In der Praxis werden

häufig nur Dealer bestraft, falls das überhaupt möglich ist. Das veraltete Arzneimittelgesetz konnte bis jetzt noch nicht um ein Verbot süchtigmachender Barbiturate erweitert werden. Medikamente, wie z.B. Perdomal, Rohypnol, Paracodein, Antapentan,... sind aufgrund der strafrechtlichen nicht verfolgbar. Medikamentendealer leicht zu bekommen. Gerade der exzessive Konsum solcher Drogen führt zu schwersten physischen und psychischen Beeinträchtigungen, Zerstörung der Persönlichkeit und in Folge zu Apathie und „sozialem Ausstieg“. Die „Kinder vom Karlsplatz“ werden zwar von SozialarbeiterInnen, den Streetworkern, zeitweise betreut (Gesprächsbasis schaffen), doch reicht dies alleine bei weitem nicht aus. Organisierte Hilfen in vernetzter Form sind notwendig, werden aber nach jüngsten Erfahrungen von panisch gemachten Anrainern verhindert oder zumindest verzögert (siehe auch „Projekt Ganslwirt“).

Festgestellte Trends in allen Ländern zeigen, daß im Laufe der Jahre der Drogenkonsum vor allem bei sozial schwachen Bevölkerungsgruppen gestiegen zu sein scheint. Das Alter der Drogenkonsumenten steigt. Vor allem diese Erfahrung sollte zu einer wesentlich verbesserten kontinuierlichen Zusammenarbeit aller mit der Drogenproblematik beschäftigten Institutionen und Gruppen, sowie Arbeitsamt und soziale Stellen führen. Das Drogenproblem auf der Verbraucherseite wird nur durch das Wiedereinbinden der Drogenabhängigen in die sozialen Strukturen, vor allem am Wohnsektor und Arbeitssektor, gelöst werden können. Außerdem sollte eine Entmythologisierung des Drogenkonsums und die Reduzierung auf seine wirkliche Bedeutung erfolgen. Der Droge wird damit sicher ein Teil ihrer Attraktivität gerade für Jugendliche genommen. Drogenkonsumenten sollten wie „normale“ Menschen behandelt werden, denen Chancen auf menschenwürdiges Leben eingeräumt werden müssen. Drogenkonsumenten und Drogenabhängige sollten weder als Straftäter behandelt werden (weitgehendst verbunden mit Entkriminalisierungsmaßnahmen) noch in die Abhängigkeit von Helfern gebracht werden. edith

DER „GANSLWIRT“

Im Februar dieses Jahres hat die Sozialstadträtin von Wien, Ingrid Smejkal, die unbedingte Verwirklichung des Streetworkern geplanten, vielversprechenden Projektes „Ganslwirt“ angekündigt. In dem ehemaligen Gasthaus in der Gumpendorferstraße sollten die „Kinder vom Karlsplatz“ in einer stressfreien Atmosphäre von Sozialarbeitern und einem Arzt versorgt werden. Das geplante niederschwellige Tageszentrum, mit Beratung, Betreuung auch in der Nacht, sollte eine Gelegenheit zu Übermachtung (Notbettenstation), Duschen und Gesprächen mit Betreuern werden. Durch Koordination und Vernetzung mit bestehenden Einrichtungen sollte den Süchtigen zum Entzug und zur Therapie geholfen werden.

Der Bezirksvorsteher von Mariahilf, Kurt Pint, machte daraufhin in einer beispiellos polemisch angelegten Protestaktion gegen das „Drogenbeisl“ Druck auf die Sozialstadträtin, sodaß das Projekt bald danach „auf Eis gelegt“ wurde. In seinem Informationsblatt „Mariahilf Aktuell 1/90“, adressiert „an einen Haushalt“ war neben eines offenen Briefes an „Frau Vizebürgermeister Ingrid Smejkal“, in dem er vor allem die Gefahr für „hunderte Schulkinder“ sowie die Tatsache „Mariahilf trägt schon genug soziale Verantwortung“ mit Hinweis auf „Obdachlosenhäuser, der „Gruft unter der Mariahilfer Kirche“, Auswüchse des Flohmarktes, Resozialisierungshäuser und Wohnungen für straffällig Gewordene u.a. hervorstrich, auch die offenkundig angstmachende Äußerung des Soziologen Dimitz: „Natürlich sind Rauschgiftsüchtige für die Subkultur genauso ein Problem; sie sind labil, sie ziehen Dealer an - also echte Kriminelle“ bewußt enthalten. Zusätzlich wurden fleißig Einwände gegen das Tageszentrum von zahlreichen Anrainern „gesammelt“.

Ganz nach dem Florianiprinzip will jeder Bezirksvorsteher, Herr Pint nicht ausgenommen, daß geholfen wird - aber bitte nicht in seinem Bezirk!

Erst nach mehreren Aktionen von Unterstützern des „Ganslwirt“-Projektes, unter andern von Anrainern am Karlsplatz TU und Evangelische Schule sowie seitens Schüler des 6. Bezirkes fühlten Bürgermeister Zilk und Sozialstadträtin Smejkal sich in der Lage, das Projekt weiterhin ernsthaft zu verfolgen. Die Reaktion aus Mariahilf kam prompt. Mit groß angelegter Werbekampagne, unzähligen Plakaten mit der Aufschrift „Zilk will Drogenbeisl Ganslwirt den Mariahilfern aufzwingen“, Mobilmachung zur Unterschriftenleistung gegen das Projekt (Unterschriften lagen in Geschäftslökalen auf; wer nicht unterschreiben wollte, wurde geradezu angepöbel), der Ankündigung von Hausbesetzungen, Straßenblockaden, Demonstrationen und Bürgerwehr und angstschnürenden „Argumenten“ an einem Elternabend in der Hauptschule am Loquaiplatz am 10. Mai zeigte sich Herr Pint wieder einmal von seiner besten Seite. Indessen fordern TU Rektor Moser und VertreterInnen der Hochschülerschaft der TU Wien die rasche Verwirklichung des Projektes „Ganslwirt“.

Weitere Gespräche, Protestveranstaltungen und Gegenaktionen folgten. Vorläufiges Endergebnis: 6 Wochen „Waffenstillstand“ (so geplant); der „Ganslwirt“ ist noch nicht gestorben.

Mehr als traurig ist die Tatsache, daß bereits der erste Versuch einer Auseinandersetzung mit dem Drogenproblem auf sozialer Ebene mit der Idee dieses Tageszentrums bereits im Ansatz beinahe erstickt wird. Dabei ist der „Ganslwirt“ vorläufig ein Tropfen auf den heißen Stein, dringend notwendig, aber sicher nicht ausreichend. Weitere Maßnahmen unter Beteiligung aller Bezirke und ihren Bewohnern müssen folgen. Unsere Gesellschaft sollte lernen, sich mit ihren Folgen auseinanderzusetzen - oder sind wir schon so manipuliert, daß wir die u.a. die „Kinder vom Karlsplatz“ nicht mehr als gleichwertige Menschen ansehen und behandeln können?

edith

DIE ÖSTERREICHISCHE COMPUTER GESELLSCHAFT

Was ist die OCG ?

Die Österreichische Computer Gesellschaft (OCG) fungiert als Dachorganisation aller österr. Verbände und Institutionen, die mit der Informationsverarbeitung befaßt sind.

Welche Ziele hat die OCG ?

Das Ziel der OCG ist die umfassende und interdisziplinäre Förderung der Informationsverarbeitung und der automatischen Datenverarbeitung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Auswirkungen auf Mensch und Gesellschaft.

- Die OCG tritt als Dachorganisation auf.
- Die OCG vertritt Österreich in der IFIP und CEPIS usw.
- Die OCG führt Forschungs- und Entwicklungsprojekte mit vorzugsweise interdisziplinärem Charakter durch.

- Die OCG dient der Beratung und Betreuung ihrer Mitglieder.

Was bietet die OCG ?

- Neue Zugänge zu Wissenschaft und Forschung.
- Dokumentation und Präsentation aktueller Trends in den Bereichen Mikroelektronik und Informationsverarbeitung.
- Aus- und Weiterbildungsprogramme
- Publikationsmöglichkeiten
- Möglichkeit zur Mitarbeit in internationalen Gremien
- für Mitglieder der OCG den kostenlosen Bezug von Zeitschriften (z.B. Output und OCG-Kommunikativ).

Was ist OCG-Kommunikativ?

Das Printmedium der OCG für alle

Ich bin an den Aktivitäten der OCG interessiert und ersuche um Zusendung der Broschüren und Unterlagen.

- Information " Was ist die OCG "
- eines Aufnahmeformulares
- eine Probenummer von "OCG-Kommunikativ"
- von Veranstaltungsprogrammen

Name _____

Adresse _____

Datum _____

Unterschrift _____

Zu senden an die Österreichische
Computer Gesellschaft, A-1010
Wien, Wollzeile 1-3.

am EDV-Geschehen Interessierten. Es soll die Anliegen der auf diesem Gebiet tätigen österr. Verbände ihren Zielgruppen nahebringen.



Was bietet die OCG InformatikstudentInnen und AbsolventInnen?

- Für InformatikstudentInnen fachspezifische Vorträge, ermäßigter Besuch von Kongressen und Symposien. Der OCG-Förderpreis prämiert ausgezeichnete Diplomarbeiten.
- Für AbsolventInnen der Informatik fachspezifische Vorträge, Kongresse, Symposien. Der Heinz Zemanek-Preis prämiert ausgezeichnete Forschungsarbeiten.
- Stark ermäßigte Seminar und Kongreßgebühren.

Aktuelles aus dem Herbstprogramm:

- Kongreß " Informatik für den Umweltschutz "
- Kongreß „Computer für Behinderte“
- Seminare zu den Themen Datenbanken, Unix, Hypermedia

LESERINNENBRIEFE

Wien, 15.5.1990

Lieber Fridolin!

Die meisten Leserbriefe, die Du bekommst, haben direkt oder indirekt mit Informatik zu tun. Der Beitrag „Gottes vergessene Kinder“ (für den ich mich bei Nele ganz herzlich bedanken möchte) hat mich aber ermutigt, Dir diesen Brief zu schreiben, der überhaupt nichts „Informatisches“ zum Inhalt hat.

Als ich am letzten Freitag zur U6-Station Josefstädter Straße kam, sah ich am gegenüberliegenden Bahnsteig jemanden reglos quer vor dem Eingang liegen. Ein paar Leute waren drüben, zwei oder drei Leute starteten ihn recht ratlos an. Ich wechselte zum anderen Bahnsteig und während der Wiederbelebungsversuche erfuhr ich, daß die Rettung schon vor fünf Minuten alarmiert worden war. In Wien ist es also möglich, daß jemand fünf Minuten lang klinisch tot in einer U-Bahn-Station liegt, ohne daß jemand imstande ist, ihm zu helfen.

Freilich hast Du recht mit dem Einwand, die Wiederbelebungs sei eine der schwierigsten „Disziplinen“ bei der Ersten Hilfe. Aber sei ehrlich: Weißt Du noch, wie man einen Druckverband anlegt oder Bewußtlose in die Seitenlage bringt? Siehst Du? Und doch waren die paar Stunden, in denen Du in Erster Hilfe „ausgebildet“ wurdest, genug, um die Erfordernisse für den Erwerb des Führerscheins zu erfüllen. Man sitzt dort, hört zu oder auch nicht, macht zwei oder drei Übungen – fertig. Und dann wartet man in der U-Bahn-Station hilflos auf die Rettung.

Genug gejammert! Da es offensichtlich bei uns nicht möglich ist, bereits

in der Schule flächendeckend Erste Hilfe zu unterrichten, und da meistens der Kurs, der für den Führerschein notwendig ist, überspitzt gesagt „zum Vergessen“ ist, müssen wir uns wohl selbst darum kümmern, daß die Informatikerinnen und Informatiker, die Interesse daran haben, Helfen zu lernen, die Möglichkeit bekommen.

Was hältst Du von der Idee, ähnlich dem Tischtennisturnier einen Erste-Hilfe-Kurs zu organisieren? Ich bin fast sicher, daß das Rote Kreuz gerne bereit ist, uns einen Ausbildner zu „borgen“.

Zum Schluß möchte ich Dir noch etwas verraten: Die Gewißheit, im Notfall schnell und richtig helfen zu können, ist ein sehr beruhigendes Gefühl.

In diesem Sinne wünsche ich Dir ein herzliches Pfüt Di! und verbleibe mit herzlichsten Grüßen an Fridoline,

Dein Albert

Lieber Albert,

Dein Brief hat uns sehr gefreut. Daß es darin nicht um Informatik geht, macht gar nichts – schließlich ist Informatik nicht das Wichtigste auf der Welt. Darum wirst du in Zukunft im Fridolin viel öfter als bisher Artikel lesen, die nichts „Informatisches“ an sich haben.

Deine Anregung, einen Erste-Hilfe-Kurs zu organisieren greifen wir gerne auf. Dieser wird voraussichtlich im Herbst – eventuell gemeinsam mit anderen Studienrichtungen – stattfinden.

Stephan

An den Fridolin!

Der von „Edith“ verfaßte Artikel „Szene Karlsplatz“ – erschienen in der Maiausgabe des Fridolins – läßt konkrete Vorschläge, wie Drogensüchtige aus dem Gebäude der TU fernzuhalten sind, vermissen. Zweifellos kann dieses Problem nur mit Unterstützung der Studentenschaft gelöst werden. – Maßnahmen zur Gewährleistung eines geregelten Studienbetriebes sind schließlich im Interesse aller Studierenden! Klarerweise geht es nicht darum, Drogensüchtige zu vertreiben, sondern vorbeugend eine Ausweitung der Drogenszene zu verhindern.

Die vielzitierte „Entkriminalisierung des Drogenkonsums“ darf keinesfalls dazu führen, daß die Einnahme von Drogen völlig freigegeben wird. Wie groß die Probleme einer Gesellschaft werden, in der Drogenkonsum soziales „salonfähig“ ist, wird am Beispiel des Alkohols nur allzudeutlich. Kultivierung der Drogeneinnahme, ja sogar ethische Prinzipien, die es bisweilen unmöglich machen, sich der Droge zu entziehen, sind die unabdingbare Folge. Wie oft kann man sich in Gesellschaft nicht davon abschließen, gemeinsam das „Glas zu erheben“, bzw. sich einem Trinkspruch anzuschließen und dem dieserart ausgedrückten, meist bedeutenden Anliegen die Zustimmung zu versagen? Nicht selten wird der verständliche Wunsch nach „Gesundheit“ oder das nicht minder attraktive Motto „Zum Wohle!“ lautstark artikuliert, um im nächsten Moment das exakte Gegenteil davon konsequent in Angriff zu nehmen! – Oder sollten derlei Sprüche etwa beschwörend die Folge des „Promillewahnsinns“ hinfortwünschen, wenn die obligaten poetischen und musikalischen Verniedlichungen wider Erwarten ihre Wirkung

verfehlen? Schließlich muß ein höchst subtiler Prozeß der „Gewissensbildung“ stattfinden, will man anschließend im eigenen Kraftfahrzeug den Heimweg antreten. Die Opferbilanz einer Datenkonsumation, die sozusagen „zum guten Ton“ gehört, ist müßig, die Abkehr aufgrund von Ritualisierung und Tradition praktisch für alle Zeiten ausgeschlossen. Erfolge werden begossen, Probleme vergessen - a Gaudi muß sein!

Im Fall des Rauschgifts ist es aber zum Glück noch nicht so weit. Hier besteht noch die Chance, einer derartigen Entwicklung gleich von Beginn an Einhalt zu gebieten. Dies erfordert in der Tat eine breit angelegte Diskussion in einer verantwortungsbewußten Gesellschaft, die sich der Ernsthaftigkeit und den tatsächlichen Gefahren des Problems völlig bewußt ist.

Die Hinterfragung „suchgifterzeugender Strukturen“ sowie konkrete Hilfestellungen für die Drogenopfer (Unterkünfte, Sozialbetreuung, etc.) sind unverzichtbar, den Drogenkonsum in den Räumlichkeiten der TU zu tolerieren, erscheint aber eher dazu geeignet, Konflikte zu schüren, als dem Problem in irgendeiner Weise gerecht zu werden.

Michael Wurstbauer

Lieber Michael,

In dem Artikel von Edtüb werden vor allem die Maßnahmen, die Drogensüchtige aus der TU fernhalten sollen, beschrieben; Maßnahmen, welche allerdings den regelten Studienbetrieb eher behindern denn gewährleisten. „Entkriminalisierung des Drogenkonsums“ heißt vor allem, daß Drogensüchtige nicht als Kriminelle, sondern eher als Kranke, ja Opfer einer wenig verantwortungsbewußten Gesellschaft angesehen werden sollten. Der Schwerpunkt in diesem Fridolin, den ich dir nur empfehlen kann, dient wiederum dazu, die auch von dir erwäbnte öffentliche Diskussion zu ermöglichen.

Guy

TERMINE

Tagungen

Informatik für den Umweltschutz

5.Symposium

19.-21.September 1990 Wien

Gesellschaft für Informatik - GI, Österreichisches Bundesinstitut für Gesundheitswesen, Österr. Computer Gesellschaft - OCG

Ziel der Tagung

Das Symposium „Informatik für den Umweltschutz“ hat zum Ziel, den internationalen Stand der Anwendungen der Informatik für Zwecke des Umweltschutzes zu dokumentieren. Dadurch sollen der nutzwolle Computereinsatz gefördert und das Gespräch zwischen Informatikern und Personen aus dem Bereich des anwendungsorientierten Umweltschutzes fortgeführt werden.

Tagungsinhalt

Themen der Tagung sind Methoden und Systeme der Informatik in umweltbezogenen Anwendungen. Behandelt werden sollen u.a.:

- Anwendungen im Bereich Klima-/Luftreinhaltung.
- Meßnetze, Meßstationen, Ausbreitungsmodelle.
- Raum- und Bodeninformationssysteme.
- Messungen und Prognosen der Gewässergüte
- Ökosystemforschung, Wald, Tiere, Naturschutz
- Abfallbeseitigung, Altlasten
- Lärmbelastigungsanalysen, Lärm-minderung
- Wirkungen des Energieeinsatzes

- Landes-/Kommunale Umweltinformationssysteme
- Aufgaben in der Logistik
- Umweltgesetzgebung, Umweltverträglichkeitsprüfung
- Systemforschung im Umweltschutz
- Wirkungsanalysen
- Ökologisch/ökonomische Querbeziehungen
- Umwelterziehung

Im Bereich der Informatik sollen Themen behandelt werden wie z.B.: Modellbildung und Simulation

- Datenbankeinsatz und Informationssysteme
- On-line Datenbanken
- Geografische Informationssysteme
- Prozeßdatenerfassung und -verarbeitung
- Fernerkundung und Bildverarbeitung
- Computergrafik und Visualisierung
- Wissensbasierte Systeme, Expertensysteme
- Einsatz von Hochleistungsrechnern
- Wirkungen der Informatik
- Chancen und Risiken der Informationstechnik

Neben den Fachvorträgen wird in Tutorials und einleitenden Hauptvorträgen eine Übersicht über den Stand der Informatikanwendungen im Umweltschutz gegeben. Zusätzlich sollen eine Podiumsdiskussion und die Ausstellung und Vorführung von Arbeiten und Systemen dem Wissenstransfer und der Kommunikation zwischen den Tagungsteilnehmern dienen.

Anfragen werden unter der Wiener Telefonnummer 51 561 - 16 beantwortet.

SEMINARE

Inland:

Juni

5.-28. Juni 1990, TU Wien
Techniksoziologie - Dr. Karl H. Hörning (TU Aachen, BRD)

Ort und Zeit: Di, Mi 17 - 19 Uhr
HS 15, Do 16 - 18 Uhr HS 14
Veranstalter: Inst. f. Technik u.
Gesellschaft, OCG

11. Juni 1990, TU Wien

**Expertensystemsells und -tools,
Studententag**

Veranstalter: TU Wien, Ch. Doppler
Labor f. Expertensysteme,
OCG

Info.: TU Wien, Inst. f. Angew. In-
fo. u. Systemanalyse, Ch. Doppler
Labor f. Expertensysteme, Paniglg.
16, 1040 Wien; Tel.: 58 801 - 6115

14.-16. Juni 1990, TU Wien

**Conference on Scientific Com-
putation**

Veranstalter: TU Wien
Info.: Ch. Überhuber, TU Wien,
Wiedner Hauptstr. 8-10, A-1040
Wien; Tel.: 58 801 - 5412

18.-22. Juni 1990

Einführung in „C++“

Veranstalter: OCG, ADV, ÖVE
Info.: OCG, Tel.: 512 02 35

August

27.-31. August 1990, Wien

**Second TermNet Summer School
Applications of terminological
principles and methods in
practical terminology work**

Veranstalter: TermNet Internatio-
nal Non-Profit Association
Info.: TermNet, Sekretariat, Hei-
nestraße 38, 1020 Wien

28.-31. August 1990, TU Wien

Operation Research 1990

Veranstalter: DGOR, GMÖOR,
ÖGOR, SVOR
Info.: Inst. f. Ökonometrie, OR und
Systemtheorie, Prof. Feichtinger,
TU Wien, Arg.str. 8, 1040 Wien;
Tel.: 58 801 - 4429

September

10.-12. September 1990, Linz

**2nd International Workshop on
Advance in Robot Kinematics**

Veranstalter: Research Institute for
Symbolic Computation, Johannes
Kepler University
Info.: RISC Linz, Johannes Kepler
Universität, c/o Dipl. Ing. Herwig
Mayr, A-4040 Linz

26.-28. September 1990, Salzburg

**FIT '90 - Future Trends in Info.
Technology**

Veranstalter: OCG, John v.
Neumann Gesellschaft
Info.: OCG, Tel.: 512 02 35

Oktober

18. Oktober 1990, Wien

**Objektorientierte Datenbanken -
K.R. Dittreich, Tutorial**

Veranstalter: OCG, ADV, ÖVE
Info.: OCG, Tel.: 512 02 35

November

12. November 1990, Wien

Robotik, Studententag

Veranstalter: TU Wien, Christian
Doppler Labor f. Expertensyste-
me, OCG
Info.: TU Wien, Inst. f. Angew.
Informatik u. Systemanalyse
181/2, Christian Doppler Labor f.
Expertensysteme, Paniglg. 16, A-
1040 Wien; Tel.: 58 801 - 6115

Ausland:

Juni

14.-17. Juni 1990, Ulm, BRD

**Fachtagung Zukunftskonzept
Info.stechnik - unsere Zukunft?**

Veranstalter: GI-FB 8
Info.: FHS Ulm, Prof. Dr. Pieper,
Fachbereich TI, Postfach 3860, D-
7900 Ulm

Juli

9.-13. Juli 1990 - Sydney, Australien

**WCCE/90 - 5th World conference
on Computers in Education**

Veranstalter: IFIP-TC-3, Australian
Computer Society
Info.: Secretary WCCE/90, P.O. Box
319, Darlinghurst NSW 2010,
Australia

August

13.-18. August 1990, Zürich, Schweiz
**LPSS '90 - Logic Programming
Summer School**

Veranstalter: ALP, SGAICO,
Universität Zürich
Info.: LPSS '90, Dept. of Computer
Science University of Zürich, CH-
8057 Zürich, Switzerland

September

3.-7. September 1990, Prag,
Tschechoslowakei

**International Conference
Medical Informatics and Medical
Education**

Veranstalter: IMIA, IBRO
Info.: IMIA/IBRO Secretariat, P.O.
Box 88, Vitezného úhora 31, CS-
120 26 Prague 2

3.-7. September 1990 - Montreux,
Schweiz

EUROGRAPHICS '90

Veranstalter: The European Asso-
ciation for Computer Graphics
Info.: EUROGRAPHICS '90 Con-
ference Secretariat, Paleo Arts et
Spectacles, Postfach 177, CH-1260
Nyon

17.-19. September 1990, Garmisch-
Partenkirchen

**Approving Software Products
(ASP-90) - IFIP Working
Conference**

Veranstalter: IFIP, BSP Partner
GmbH
Info.: BSP, Tel.: +49-6159-73481

27.-29. September - Bonn, BRD

**21. Jahrestagung der Gesell. für
Angew. Linguistik (GAL) e.V. „Ein
Europa - viele Sprachen“**

Veranstalter: Gesellschaft für
Angew. Linguistik (GAL) e.V.
Info.: Prof. Dr. Bernd Spillner,
GAL-Geschäftsstelle, Universität
Duisburg, Postfach 10 15 03,
D-4100 Duisburg 1

Astrid

INFORMATIK- ABSOLVENTEN- BEFRAGUNG

Vor etwas mehr als einem Jahr war klar, daß die Technikreform tatsächlich kommen würde. Der Zeitpunkt hat sich zwar erst zuletzt mehr und mehr konkretisiert, aber an den Begutachtungen und Stellungnahmen wurde trotzdem eifrig gebastelt. Weiters war klar, daß diese Studienreform so einschneidende Änderungen setzen wird, daß der gesamte Studienplan einer neuen Diskussion unterzogen werden muß. Genau an dem Punkt kam die Idee auf, bei der Gestaltung eines neuen Studienplans doch einmal die Erfahrungen aller InformatikabsolventInnen mit den alten Studienplänen systematisch zu berücksichtigen. Weil das bisherige Spielchen in etwa so vor sich ging (drei Professoren glauben, daß Mathematik wichtig ist; zwei Professoren und zwei Assistenten glauben, daß Formale Logik wichtig ist; die StudentInnenvertreter glauben zwar, daß beides nicht das Gelbe vom Ei ist, können sich jedoch aufgrund der Mehrheitsverhältnisse (Argumente sind da halt weniger wichtig) nur gegen Mathematik oder gegen Formale Logik entscheiden), deshalb ist eine empirische Untersuchung eine qualitativ neue Form der Argumentation. Denn wenn fast alle AbsolventInnen das Wissen über Spezielle Kapitel der Algebra als irrelevant für ihre berufliche Tätigkeit beurteilen, dann gibt es für dieses Fach (Mathe 3) keine Legitimation mehr in der Grundausbildung. Natürlich lassen sich auch solche Ergebnisse ignorieren, aber die Heuchelei, „die Studierenden könnten das (noch) nicht beurteilen und würden später einmal dankbar sein, daß sie das

lernen mußten“, entlarvt sich dann eben als solche (nebenbei erwähnt schätzen das die meisten Studierenden ohnehin schon während ihres Studiums korrekt ein).

Naja, jedenfalls ließen wir uns nicht beirren und haben uns an die Arbeit gemacht: Fragebogen erstellen, an alle Absolvent-

Innen verschicken, die Rückmeldungen in einer Datenbank speichern, statistische Auswertungen durchführen, die Ergebnisse interpretieren und in verständlicher Form zusammenschreiben. Dieser einfach scheinende Ablaufplan hat sich dann im Detail doch als recht mühsam herausgestellt, weshalb wir auch mehr Zeit als geplant benötigt haben. Trotzdem haben die Resultate den Aufwand belohnt.

Wir haben die Ergebnisse dieser Studie als Broschüre (62 Seiten) veröffentlicht, die (gegen einen Unkostenbeitrag von öS 30,-) in der Fachschaft erhältlich ist. Wir glauben, damit einen Schritt in Richtung auf ein praxisorientiertes Studium gesetzt zu haben, und würden uns über Eure Kritik und Anregungen freuen.

Klaus

HTU

Hochschülerschaft an der
Technischen Universität Wien

INFORMATIK ABSOLVENTEN BEFRAGUNG 1989

ANALYSE UND ERGEBNISSE

herausgegeben von Klaus Rapf

Wien 1990

NEWS FOR WIRTSCHAFTS- INFORMATIKERINNEN

Statistik - Neues auf der TU

Können Sie sich noch an unseren Aufruf im Fridolin 44 erinnern? Es ging um die „Einführungs“-vorlesung aus Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung von Prof. Viertl, über die wir wiederholt Klagen und Beschwerden gehört haben. Nach unserem Aufruf haben sich nicht nur StudentInnen mit Anregungen und Verbesserungsvorschlägen gemeldet, sondern auch Prof. Viertl mit einem Vorschlag zu einem konstruktiven Gespräch, das dann Anfang April und Anfang Mai stattgefunden hat.

Ergebnisse der Gespräche war, daß

- beide Seiten, StudentInnen und Lehrveranstaltungsleiter, sich über die Schwierigkeiten und Probleme bei den LVAs des anderen klarwerden konnten.
- nunmehr ein KV angeboten wird, das die Übungsvorbereitung erleichtern soll.
- das Angebot für StudentInnen, die die zugehörige ÜE absolvieren wollen, bei Fragen über die Beispiele sich in den Sprechstunden an die zuständigen Assistenten wenden können.
- ein Versprechen von Prof. Viertl, an der Verbesserung seiner Vorlesungen in Hinblick auf didaktische Gesichtspunkte weiterzuarbeiten.
- ein Buch von Prof. Viertl, das den Vorlesungsinhalt enthält und kommentiert, das demnächst erscheinen wird.

BWL - News (UNI)

In Kürze werden sechs StudentInnen die Prüfung aus Einführung in die ABWL (1. Studienabschnitt) zum 3. Mal (kommissionell) wiederholen müssen. Das war für uns der Anlaß, uns die Prüfungsergebnisse und Durchfallsquoten doch einmal genauer anzusehen. Das Resultat ist nicht sehr erfreulich. Von den StudentInnen, die seit der ersten Prüfung im Herbst 1986 angetreten sind, waren 161 von 438 negativ, das sind 37%. Wenn man das auf die Professoren aufteilt, liegt Prof. Rückle mit 47% an der (unrühmlichen) Spitze der Liste, und er ist es auch, der für die 62% Durchfallsquote bei der letzten Prüfung im Frühling SS90 verantwortlich war.

Wenn sich die Tendenz so fortsetzt, dann wird die ABWL bald zu einer unüberwindbaren Hürde im 1. Studienabschnitt, dem es ja bekannterweise an Hürden nicht mangelt (siehe Mathe/Statistik/Informatik).

So gesehen sind wir nicht allzu traurig, daß Prof. Rückle seit Semesterbeginn in Trier ist und dort auch bleiben wird. Freut Euch, Freut Euch, Leute! Die Berufungskommission für die Nachfolge Prof. Rückles hat übrigens schon einen Dreivorschlag für das Ministerium erstellt. An erster Stelle steht Prof. Kruschwitz aus Hamburg. Vielleicht kennen ihn einige schon, er war schon zweimal Gastprofessor an der SOWI und soll, was seine didaktischen Fähigkeiten anbelangt, nicht so übel gewesen sein. Vielleicht braucht man die Hoffnung - doch noch nicht aufzugeben.

Dialogsysteme - Nagler

Nach Beschwerden über Aufnahmebedingungen und Übungsmodus der LVA Dialogsysteme, die im SS als Blockveranstaltung durchgeführt wird, konnten wir in einem Gespräch mit Doz. Nagler erreichen, daß er die Aufnahme zur LV nicht mehr beschränkt, und daß er wieder Gruppen- statt Einzelbewertung bei der Übung durchführt, die auch abkolloquiert werden können, weil man/frau berufstätig oder anderswertig verhindert ist. Geplant ist, die LVA wegen des großen Andrangs auch im WS durchzuführen. Doz. Nagler ist in Prüfungsangelegenheiten für die WirtschaftsinformatikerInnen während des Jahres über die Sekretärin von Prof. Barth oder direkt zu erreichen (Teilnr. in der Fachschaft bekannt (Gabi fragen)).

Service-News

Wie schon angekündigt, haben wir keine Kosten und Mühen gescheut, einige der wichtigsten Bücher in schon kopierter Form (zwecks Vereinfachung der Vervielfältigung) in der Fachschaft aufzulegen, und gegen einen Unkostenbeitrag von 10.- könnt ihr sie jeden Dienstag, 14.00-16.00, in der Fachschaft Informatik ausborgen.

Was können wir anbieten?

Trivedi (Statistik), Wirth (Modula2), Raffée (BWL), Dorninger (Mathel+II), Svoboda (Kostenrechnung Arbeitsbuch), Laux (Organisationslehre).
Eky und Gabi

VON BARTH BIS FLEISSNER – INFORMATIK IM WANDEL

Voraussichtlich im Herbst werden zwei neue Informatik-professoren an der TU ihren Dienst antreten. Grund genug, um die beiden – Peter Fleissner und Walter Kropatsch – hier kurz vorzustellen.

Peter Fleissner

studierte von 1962–68 Nachrichtentechnik an der TU Wien. 1981 habilitierte er sich für „Ökonomische Sozialkybernetik“ (Habilitation bedeutet Erwerb der Lehrbefugnis für ein bestimmtes Fachgebiet).

Nach einer Tätigkeit als Assistent am Institut für Höhere Studien und Wiss. Forschung, arbeitete er an verschiedenen Instituten, wie dem Institut für Angewandte Systemanalyse in Luxemburg. Er war Geschäftsführer der Österreichischen Gesellschaft für langfristige Entwicklungsforschung. Zuletzt war Peter Fleissner Stellvertretender Direktor des Instituts für sozioökonomische Entwicklungsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Nach einem Forschungsaufenthalt am MIT (Massachusetts Institute of Technology) entwickelte Fleissner gemeinsam mit Prof. Bruckmann eine

computerisierte Simulation der österreichischen Wirtschaft.

Bisher publizierte er etwa 100 Arbeiten, davon ca. 20 zum Thema Anwendung, Verbreitung und Auswirkung von Mikroelektronik. Daneben leitete er zahlreiche Projekte zum Einfluß neuer Technologien auf die Arbeitswelt, insbesondere auch zum Einsatz von Industrierobotern und von flexiblen Automationssystemen in Klein- und Mittelbetrieben.

Peter Fleissner ist ein exzellenter Vortragender mit großer Lehrerfahrung; voriges Jahr hielt er einen Teil der Vorlesung „Informationsstrukturen“.

Als Ordinarius für „Gestaltungs- und Wirkungsforschung“ an der TU Wien wird er unter anderem die Vorlesungen Datenschutz und Datensicherung, das Praktikum aus Wirkungsforschung, und Lehrveranstaltungen im Wahlfach „Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagen der Informatik“ abhalten.

Herzlich Willkommen!

Dr. Walter Kropatsch

ist zur Zeit am Institut für Digitale Bildverarbeitung und Graphik der Forschungsgesellschaft Joanneum in Graz beschäftigt und wird ab 1. Juli 1990 seinen Dienst an der TU Wien antreten. Am 7. 3. 1989 war er 37 Jahre alt – damit will ich andeuten, daß ich nicht weiß ob er noch 38, oder schon 39 ist.

Er wurde für das Ordinariat (= ProfessorInnenstelle) Mustererkennung und Bildverarbeitung berufen, und sein Arbeitsschwerpunkt liegt im Bereich des digitalen Sehens bzw. der digitalen Bildanalyse. Abgesehen von einigen Spezialvorlesungen die er in diesem Gebiet anbieten wird, wurde ihm die ehrenvolle Aufgabe zuteil ab nächstem Semester die Lehrveranstaltung "Einführung in das Programmieren" zu lesen. Allen, die diesen Schein noch nicht haben, sei wärmstens empfohlen sich seine Vorlesung anzuhören.

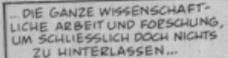
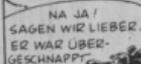
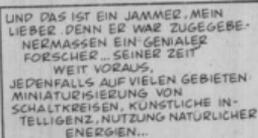
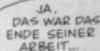
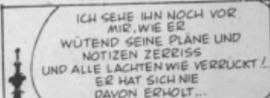
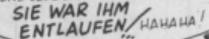
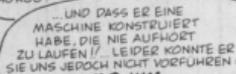
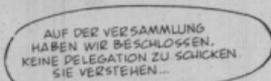


Bei unseren Gesprächen mit StudentInnen der TU Graz, wo Kropatsch als Lehrbeauftragter tätig war, wurde er stets über den grünen Klee gelobt. Auch bei seinem Berufungsvortrag (= ein Vortrag den BewerberInnen für eine ProfessorInnenstelle zu halten haben) hinterließ er einen sehr positiven Eindruck. Seine Abteilung wird im Porr Haus, Treitlstr. 3 (wo sich auch die Fachschaft Informatik befindet) untergebracht werden. Er ist übrigens beim Institut für technische Informatik dabei, also bei Grünbacher, Kopetz und Schildt. Wenn also unsere Auskünfte stimmen, dann wird er in punkto Didaktik eine erfrischende Abwechslung zum Rest des Institutes darstellen.

Wir freuen uns schon darauf!

TECHNOLOGIE-COMIC

SCHWARZE GEDANKEN von Franquin



STUDENTENKONTO MIT Z-CLUB-VORTEIL

- Sofort Eurocheques und Eurocheque-Karte.
- Bankomatkarte: Bargeld rund um die Uhr.
- Ihr persönlicher Einkaufsrahmen:
S 15.000,- im ersten, S 25.000,- im zweiten
Studienabschnitt.
- Kredite für alle Wünsche zum Vorteilszinnsatz.
- Automatische Erledigung Ihrer fixen Zahlungen.
- Im Z-Club: Anregungen, Angebote
und ermäßigte Programme für Ihre Freizeit.

Jetzt neu:

- Die Z-VISA-Karte mit dem umfassenden
Versicherungspaket zum
Studenten-Vorteilspreis.



ZENTRALSPARKASSE